

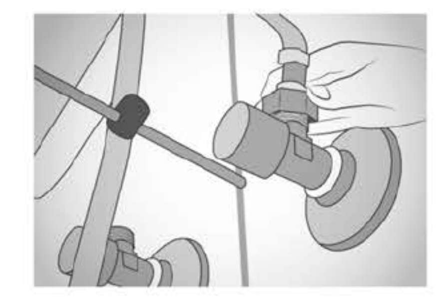
Nummer 191 // März // April 2016

zeck

Das Handwerker*innenmagazin aus der Roten Flora









Breite Solidarität

30. April 2016

So, da sind wir wieder.

So, da sind wir wieder.

Überall, nicht nur in Hamburg, baut der Staat vor dem Hintergrund von sogenannter Flüchtlingskrise und einem sich auskotzenden deutschen Volksempfinden Druck auf Gegenbewegungen und Freiräume auf. Bei allem Verständnis dafür, dass die autonome Bewegung staatliche Angriffe erst einmal auf sich selbst bezieht und entsprechend darauf antwortet, halten wir es für wichtig sich in den gesamten Zusammenhang zu stellen und auf mehr als die eigene Bedrohung zu reagieren.

Die Kurzmeldungen in dieser Ausgabe und auch ein Teil der Artikel beschäftigen sich mit Repression. Durchsuchungen, Fahndung, Räumung……. Die Durchsuchungen in der Rigaer Straße, der Korn in Hannover und in Hamburg, die Räumung des Luftschlosses in Flensburg, die eskalierenden rassistischen Kontrollen in der Hafenstraße sind Teile polizeilicher Reaktion auf eine gesellschaftliche Krisenentwicklung insgesamt und sind mehr als eine losgelöste Konfrontation zwischen Linken und den Bullen.

Unsere gesamte Ausgabe soll das widerspiegeln. Vor allen Dingen der längere Text einer autonomen Antifa Gruppe ist ein lesens- und bedenkenswerter Ansatz, der von allen um praktische Konsequenzen weiter diskutiert werden sollte. Außerdem haben wir die Erklärung des Kommandos Katharina Hammerschmidt der RAF vom März 1993 mit ins Heft genommen. Zum einen weil der Text was die Analyse der BRD Gesellschaft angeht mehr als aktuell ist. Zum anderen wollen wir nicht, dass im Zusammenhang mit der aktuellen Fahndungshetze gegen Dani, Ernst und Burkhart vergessen wird, für was die RAF gestanden und was die Aktion in Weiterstadt bedeutet hat. Aus Platzgründen ist die Erklärung gekürzt. Rausgenommen ist vor allem der gesamte Part zu damals aktuellen Gefangenenfrage. Die Kürzungen sind mit […] kenntlich gemacht. Die vollständige Erklärung ist im Netz zu finden.

Diesmal gibt es kein ‚Viel Spaß beim Lesen' von uns, sondern ein ‚Organisiert Euch und werdet handlungsfähig'. Wir hoffen, dass wir mit unserem Blättchen dazu beitragen können.

Viele Grüße an die Macher innen von La Rage.
Euer Text ist angekommen und in wird in der nächsten Ausgabe berücksichtigt.

Einsendeschluss für Artikel, Schokolade bis zum 21.03.

eure Zeck

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote   ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im   örderabo für   0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt	Seite

KURZES

Rote Flora in Solidarität mit der Rigaer94

Soeben erreichte uns die Nachricht, dass die Bullen die Rigaer94 angegriffen und gestürmt haben. Dieses Vorgehen ist der vorläufige Höhepunkt der seit Wochen andauernden Provokationen im Kontext des Gefahrengebietes. Dieses Konstrukt erlaubt ihnen verdachtsunabhängig jede Person zu kontrollieren und zu schikanieren, ohne sich an die selbst gesetzten Spielregeln des sogenannten Rechtsstaates zu halten.
Als Reaktion auf Widerstand gegen diese Praxis stürmten die Bullen in Hooligan-Manier das Wohnprojekt in der Rigaer Straße. Nach ihrer eigenen Aussage erhoffen sie sich nicht einmal, vermeintliche Straftäter_innen ausfindig zu machen, sondern nutzen die Gelegenheit sich unter fadenscheinigen Gründen Zugang zum Haus zu verschaffen. Wie dies aussieht können wir uns alle bildlich vorstellen, Türen geflext, Wohnungen verwüstet und Menschen bedroht. Wir vermuten, dass die Berliner Bullen zu viel Hamburger Tatort geschaut haben. Anders können wir uns diesen überdimensionalen Einsatz mit 500 Bullen inklusive SEK-Beamten nicht erklären : Interessant, wofür die Berliner Polizei plötzlich Ressourcen ausfindig machen konnte, während rassistische Angriffe in Ermangelung an Kapazität ungestört weiterhin stattfinden können.
Sowohl der Angriff von Nazis in Leipzig am Montag, als auch die heutige Bullen-Aktion auf die Riger94, sind Kampfansagen gegen unsere Räume und Strukturen, die nicht unbeantwortet bleiben werden.
Unsere Solidarität gilt allen betroffen Genoss_innen in Berlin und Leipzig.
One Struggle, one fight!

Rote Flora

* * * * *

Solidarität, Liebe und Kraft

Mitte Januar ist der Fahndungsdruck auf ehemalige Kämpfer*innen der RAF deutlich gestiegen. Für Burkhard, Dani und Volker bedeutet das, fast 20 Jahre nach Auflösung der RAF und nach über 25 Jahren in der Illegalität eine massive und konkrete Bedrohung ihrer sowieso schon schwer aufrecht zu erhaltenden Freiheit, ihrer Gesundheit, und nach allen Erfahrungen mit bei der Festnahme getöteten RAF-Kämpfer*innen auch ihres Lebens. Der Hauptvorwurf gegen sie ist die Sprengung des Hochsicherheits- und Abschiebeknasts in Weiterstadt. Dieser erfolgreiche Angriff auf ein im Bau befindliches Gebäude, in dem die BRD ihre menschenverachtende Straf- und Abschiebepolitik durchsetzen wollte, wäre unter normalen Umständen wahrscheinlich verjährt.
Für Dani, Burkhard und Volker gilt das nicht, gegen sie werden die Sonderparagrafen 129 und 129a angewandt. Das bedeutet für sie ein dauerhaftes Leben in der Illegalität oder die Gefahr einer lebenslangen Inhaftierung. Wir haben Respekt für ihre Entscheidung für die Freiheit und gegen die Bullen. Wir wünschen unseren ehemaligen Mitbewohner*innen Freiheit, Glück und immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel. Liebe und Kraft!
Für die Einstellung aller Verfahren und das Ende der Fahndung.

*Bewohner*innen der Hafenstraße*
Februar 2016

* * * * *

Unsere Solidarität gegen ihre Repression - Überregionale Demonstration am Samstag, 30.04., Hamburg

Seit Mitte letzten Jahres läuft der Prozess gegen die Beschuldigten der Hausbesetzung in der Breiten Straße. Die von der Justiz geforderten hohen Strafen reihen sich ein in bundesweite Angriffe auf die linke Szene. Sei es mit der Bedrohung durch Haftstrafen wie bei Valentin und Schubi aus Antifazusammenhängen oder Durchsuchungen und Räumung von linken Projekten in z.B. Berlin und Flensburg. Wir sind solidarisch mit denjenigen, die sich gegen Entmietung, Leerstand und Umwandlung von Wohnraum in Luxusquartiere und Renditeobjekte wehren und haben das Ziel, mit der Demonstration Antirepressions- und stadtpolitische Kämpfe zusammen zu bringen.
In der aktuellen gesellschaftlichen Situation ist die Polizei, nicht nur in Hamburg, völlig von allen Schranken befreit. Jede Bewegung, die vermeintlich oder tatsächlich den verordneten Sicherheitsinteressen entgegensteht wird mit allen Mitteln angegriffen. Andauernde rassistische Kontrollen, eine eskalierende Bullenpräsenz in 'Problemvierteln', das militärische Verhindern von Demonstrationen und Kundgebungen sind genauso Teil dieser Situation wie die Brutalität der Hausdurchsuchung von vor zwei Wochen in einer linken Wohngemeinschaft in Hamburg.
Während Nazis ungehindert Flüchtlingsunterkünfte anstecken und hunderte Haftbefehle gegen Faschisten nicht vollstreckt werden sind polizeiliche Angriffe gegen emanzipative Bewegungen auf der Agenda der Bullen und Geheimdienste ganz nach oben gerückt. Für linke Bewegungen kann es jetzt nur darum gehen, sich eben nicht einschüchtern zu lassen, diese Angriffe zurückzuschlagen und sich laut und offensiv in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzumischen. Um uns herum knirscht es im Gebälk der Gesellschaft, die Situation für viele wird immer beschissener. Um so wichtiger ist es nicht den Kopf in den beliebten Sand zu stecken, sondern praktische Perspektiven zu entwickeln und auf die Straße zu bringen.
Repression funktioniert, wenn wir uns vereinzeln lassen. Gemeinsam und kollektiv setzen wir ihnen unseren Kampf entgegen. Wir sehen uns am frühen Abend des 30.04. in Hamburg.
Erkundet schon jetzt mit uns den Austragungsort des G20 2017.
Hau weg den Scheiß!
Aufruf, Route und weiteres folgen in den nächsten Wochen.

* * * * *

Bullen waren in der Hafenstraße in unseren Häusern

Nachdem die Bewohner_innen der Häuser des Wohnprojekts in der Hafenstraße sich schon etwa sehr eineinhalb Jahren mit einem Belagerungszustand von Zivis und uniformierten Bullen auseinandersetzen und rassistische Kontrollen und Repressalien gegen Anwohner_innen und Passant_innen zum Alltag geworden sind, sind gestern am 4.2. die Cops ohne Angaben von Gründen in unsere Räume eingedrungen. Nach wiederholten Kontrollen auf der Straße, Gehwegen und im Garten des Wohnprojektes sind gegen ca. 16:30 mit der Ansage „Warum wir hier sind, lest ihr morgen in der Zeitung." etwa 25 uniformierte Bullen in die Räume der Vokü eingedrungen, haben Keller und Hausflur durchkämpt und nach rassistischen Kriterien Personalien festgestellt. Anwesende Anwohner_innen wurden aus den Räumen gedrängt. Es gab keinen Durchsuchungsbeschluss, jeder Widerspruch wurde ignoriert und einer dazugezogenen Anwältin wurde die Auskunft verweigert. Es gab keine Festnahmen, es wurde nichts mitgenommen und nichts zerstört. Da es schon seit einigen Tagen am späteren Nachmittag (zwischen 16:30-17:30) zu verstärkten Übergriffen der Bullen rund um die Häuser der Hafenstraße kam, ist nicht damit zu rechnen das es bei dieser Provo-

kation bleibt. Spätestens im neuen Jahr präsentiert sich die Polizei als eigenmächtige agierende Gewalt. Es wirkt als wolle die Polizei dem neu eingesetztem Innensenator Grote direkt zu Amtsantritt zeigen wer auf Hamburgs Straßen das Sagen hat. Wir solidarisieren uns mit den Beschuldigten im Zusammenhang mit der Breiten Straße Besetzung , den Betroffenen der Hausdurchsuchung vom 26.01.2016 und anderen bedrohten linken Projekten. Insbesondere rufen wir auf zu solidarischem Verhalten bei rassistischen Kontrollen.

No Justice no Peace!!!

Eure Hafenstraße

* * * * *

Demo "Keine Freunde, keine Helfer"

Unter dem Motto „Hausbesetzungen durchsetzen und verteidigen" zogen am Freitag, den 05.02. mehr als 500 Menschen lautstark und kämpferisch vom Dammtor ins Schanzenviertel. Es gab Redebeiträge zum Breite-Straße-Verfahren, zum bewaffneten Überfall der Polizei auf eine WG linker Aktivist_innen im Hamburger Grindelviertel sowie eine Grußbotschaft aus Berlin zur Situation in der Rigaer Straße. Gleich zu Beginn machte die unsouveräne Polizeiführung gegenüber der Demoleitung deutlich, dass sie an einem eskalativen Verlauf der Demonstration interessiert war. So wurde unter anderem angedroht, dass jegliches Abbrennen von Pyrotechnik zum Anlass genommen würde, ohne vorherige Ankündigung in die Demo zu gehen um vermeintliche „Straftäter" herauszuziehen. Die Menschen ließen sich, trotz des repressiven Vorgehens der eingesetzten Polizeikräfte, das Abbrennen von Pyrotechnik selbstverständlich nicht nehmen. Obwohl die Polizei im gesamten Verlauf versuchte, die Situation zu eskalieren, erreichte diese nach einiger Zeit laut und entschlossen das Schanzenviertel. Nach einem kurzen Demosprint reagierte die Polizei überaus erschrocken und agierte gewohnt hilflos und hektisch mit einem massiven Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken. Die Polizeiführung beschloss, sich hinter den nun aufgefahrenen Wasserwerfern zu verstecken und ward nicht mehr gesehen. Mehreren Aufforderung der Demoleitung über den Lautsprecherwagen, die Polizeiführung möge sich zum Fronttransparent begeben um den weiteren Demoverlauf zu besprechen, kam diese nicht nach. Offensichtlich sah sie sich nicht in der Lage ihr sicheres Versteck zu verlassen. Stattdessen forderte sie nun ihrerseits die Demoleitung auf, sich zu einem „Gespräch"hinter die schützenden Polizeiketten und die Wasserwerfer zu begeben. Diese lehnte das unmoralische Angebot dankend ab und löste die Demo an dieser Stelle auf. Damit kam sie der angedrohten, gewaltsamen Auflösung der Demonstration durch die Polizei zuvor. Außerdem reagierte die Demoleitung mit der Auflösung auf die Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt schon viele Teilnehmer_innen die Demonstration verlassen hatten. Gerade im Hinblick auf die kurze Mobilisierungszeit war die Demonstration ein voller Erfolg. Jedoch reicht eine Demo als Reaktion auf die sich immer weiter zuspitzende staatliche Repression nicht aus. Es gibt viele Möglichkeiten, das repressive System jederzeit, unabhängig von aktuellen Ereignissen anzugreifen!

* * * * *

Keine Kriminalisierung des UJZ Kornstraße – weg mit dem Verbot der PKK

Skandalöse Durchsuchung des Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße

Am 11.02.20016 ab 10:00 durchsuchten rund 50 Polizist*innen inklusive SEK und Hundestaffel das Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße in Hannover. Anlass war ein Beschluss des Amtsgerichtes Lüneburg, das dem Antrag der Staatsanwaltschaft folgte, die in einem angeblichen Verstoß gegen das Vereinsgesetz ermittelt. Es wurden 41 Plakate, 82 Flyer und vier Computer beschlagnahmt.

Das UJZ Kornstraße ist ein Jugendzentrum, welches außerdem einen Kinder- und Babyladen beherbergt (welcher auch heute geöffnet war). Der Einsatz der Polizei, die mit mehreren Hundertschaften die Straße absperrte. wirkt vor diesem Hintergrund besonders unverhältnismäßig. Es wurde das Bild eines „Terrorladens" gezeichnet.

Angeblich solle der Verein zur Förderung politischer Jugendkulturen UJZ Kornstraße e.V. die PKK unterstützen, indem Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt worden seien. Diese Vorwürfe und das Vorgehen der Polizei sind eine bodenlose Dreistigkeit. Das UJZ Kornstraße hat gerne und niemals heimlich der kurdischen Jugend, dem Verband kurdischer Studierender und dem kurdischen Volkshaus Raum zum Treffen gegeben.

Auf den beschlagnahmten Plakaten war unter Anderem „Weg mit dem Verbot der PKK" zu lesen. Allein diese Forderung scheint auszureichen, um das UJZ Kornstraße zu kriminalisieren und versucht die aus den Neunzigerjahren bekannte Gleichung „Kurde=PKK=Terrorist" wieder salonfähig zu machen und dieses Mal auf das UJZ Kornstraße zu erweitern.

Die Auseinandersetzung mit dem PKK-Verbot ist für die Nutzer*innen kein neues Thema, spätestens jetzt aber wieder ganz oben auf der Tagesordnung.

Bereits ein Jahr zuvor wurde versucht, das UJZ Kornstraße zu kriminalisieren. Auf Grund eines Wandgemäldes, welches den 1994 in Hannover von deutschen Polizisten ums Leben gebrachten Kurden Halim Dener zeigt. Das Verfahren um das Wandbild musste noch vor Prozessbeginn eingestellt werden, da die Vorwürfe juristisch nicht haltbar waren. Die heutige Polizeischikane schmeckt nach einem Rachfeldzug der Staatsmacht.

UJZ Korn

* * * * *

Finger weg vom Lampedusa-Zelt!

Eine Solidaritätserklärung vom kollektiven Zentrum koZe

Seit Mai 2013 steht das Lampedusa-Zelt am Steindamm in St. Georg. Bereits vor einigen Monaten, als am Hamburger Hauptbahnhof täglich hunderte Geflüchtete ankamen, wollte die Polizei das Zelt entfernen. Als vorgeschobener Grund wurde genannt, dass das Zelt in seiner äußeren Erscheinung erhebliche Mängel habe und deshalb nicht mehr in das Stadtbild passe. Die erheblichen Mängel des Zeltes beschränkten sich auf einige kleine Risse in der Plane und das selbige nicht mehr gänzlich frei von farblichen Verunreinigungen war. Durch den Kauf einer neuen Plane konnte der Abbau verhindert werden.

Nun versucht die Politik das Zelt zu entfernen. Es wird behauptet, dass das Zelt nach so langer Zeit nicht mehr als Ausdruck politischer Meinungsäußerung tauge und deshalb nicht mehr schützenswert sei (Quartiersmanager Wolfgang Schüler) und sich ohnehin die meisten Mitglieder der Gruppe in einem regulären Asylverfahren befänden (Fraktionsvorsitzender der Grünen Hamburg-Mitte Michael Osterburg).

Der politische Kampf der Gruppe Lampedusa in Hamburg wird seit Jahren durch die Konstante begleitet, dass dieser von der Politik nahezu komplett ignoriert wird. Bis heute haben keine Gespräche zwischen der Politik und der Gruppe stattgefunden, die mensch auch nur annähernd als bedeutsam bezeichnen könnte. Nach wie vor leben die Geflüchteten in absolut prekären Verhältnissen, schlafen in Zelten oder auf der Straße. Unterstützung für diese Gruppe aus

der Politik sucht Mensch seit Jahren vergeblich. Deshalb ist es selbst in der Argumentationslogik von Herrn Schüler absolut gerechtfertigt, dass das Zelt als Ausdruck politischer Meinungsäußerung bestehen bleibt.
Die Aussage von Herrn Osterburg lässt zwei Interpretationsmöglichkeiten zu: Entweder ist er sehr dumm oder sehr dreist. Korrekt wäre es zu behaupten, dass es nicht bekannt ist wie viele Mitglieder die Gruppe Lampedusa in Hamburg umfasst und wie deren Lebensverhältnisse konkret aussehen. Dass Herr Osterburg behauptet, die meisten befänden sich in regulären Asylverfahren ist entweder dreist gelogen oder zeigt, dass er keine Ahnung von der Sachlage hat. An einer seriösen Auseinandersetzung mit der Thematik hat er jedenfalls kein Interesse.
Blenden wir die vorgeschobenen Argumente gegen das Zelt einmal aus und versuchen zu erklären was den Kern dieses Konfliktes ausmacht. Das Zelt ist wie die Gruppe Lampedusa in Hamburg selbstorganisiert. Die Besonderheit ist hierbei, dass die politische Arbeit von den Geflüchteten selbst durchgeführt wird und Unterstützer_innen, die nicht selbst betroffen sind, allenfalls eine zu vernachlässigende Rolle einnehmen. Kurz gesagt: Hier organisieren sich Geflüchtete ohne die Einflussnahme von staatlichen Institutionen oder dritten Personen. Es ist ein politischer Freiraum und der jetzige Angriff auf das Zelt reiht sich ein in die Reihe von Angriffe gegen emanzipatorische Politiken und Räume in den letzten Monaten. Denn, neben den vielen sinnvollen alltäglichen Arbeiten die dort von und für Geflüchtete geleistet werden, findet hier auch die Organisation politischer Arbeit statt, die von Politik und Sicherheitsbehörden in der letzten Zeit verstärkt bekämpft wird.
Deshalb Finger weg vom Lampedusa-Zelt. Absolute Solidarität vom kollektiven Zentrum. Freiräume für emanzipatorische Politiken verteidigen! Repression entgegenwirken!

* * * * *

Gewaltsame Massenabschiebungen in Hamburg

Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag der letzten Januarwoche 2016 haben in Hamburg Massenabschiebungen stattgefunden – heimlich und ohne Öffentlichkeit. Zu unterschiedlichen Zeiten versammelten sich in der Nacht mehrere Wannen mit Bereitschaftspolizist_innen und leere Reisebusse, um nachts in die Räume von Menschen einzudringen, diese aus ihrem Schlaf zu reißen und wenige Stunden später per Flugzeug abzuschieben. In diesen Nächten wurden mehrere Familien abgeschoben. Betroffen sind auch Mitglieder der Gruppe Romano Jekipe Ano Hamburg. Im Stadtteil Billstedt ist die Polizei mehrfach und gewaltsam vorgegangen. Sie schlugen ein 13-jähriges Mädchen und zogen die Familie sofort aus dem Haus, ohne, dass diese ihre Habseligkeiten einpacken konnte. Die Handys wurden ihnen weggenommen. In einem weiteren Fall wurde ein Familienvater um 4.00 Uhr morgens aus seiner Wohnung abgeholt und um 6.20h per Flugzeug nach Belgrad abgeschoben. Dabei hat dieser Mann gar kein Asyl beantragt, sondern lebt und arbeitet seit über 20 Jahren in Deutschland, seine Kinder sind hier geboren und er hat noch knapp zwei Jahre Aufenthaltsrecht. Als sich morgens, nachdem der Familienvater schon nach Belgrad geflogen wurde, Anwälte einschalteten, musste die Ausländerbehörde zugeben einen „Fehler" gemacht zu haben. Nachdem er 540€ für seine unrechtmäßige Abschiebung selbst zahlen musste, durfte der Mann nun Samstag nach Deutschland zurückkehren.
An diesen Abschiebungen beteiligte sich bisher immer das recht kleine private Hamburger Busunternehmen „Hansa-Rundfahrt". Dieses Unternehmen steht im engen Kontakt mit Hamburger Behörden und führt deshalb sehr oft Fahrten für Schulen durch. Wer möchte die eigenen Kinder in einem Bus fahren lassen, in dem Stunden zuvor Menschen gewaltsam abgeschoben wurden? Nicht nur Eltern sollten hierüber ihren Unmut kundtun: Post und mehr direkt an: Hansa Rundfahrt GmbH, Hegholt 57, 22179 Hamburg.

Schreibt eine Mail an 2016refugeesupport@riseup.net, wenn ihr regelmäßig Informationen zu diesem Thema erhalten möchtet. An diese Adresse könnt ihr euch auch wenden, wenn ihr selber Informationen weitergeben könnt oder die Gruppe Romano Jekipe Ano Hamburg finanziell oder materiell unterstützen möchtet. Diese benötigt dringend Hilfe, insbesondere in Form von haltbaren Lebensmitteln und Windeln. Solltet ihr mitbekommen, dass sich Polizei vor der Ausländerbehörde sammelt, dann habt ihr etwa eine halbe Stunde Zeit, bevor die Abschiebungen durchgeführt werden. Informiert uns oder die möglichen Opfer dieser Polizeieinsätze, damit diese gewarnt sind und sich vorbereiten können. Ein Infotelefon wird noch eingerichtet. Versucht Leute zur Ausländerbehörde zu mobilisieren, macht Fotos und dokumentiert alles, versucht den reibungsfreien Ablauf zu stören. Bringt diese menschenverachtende Abschiebepraxis in die Öffentlichkeit.
Berücksichtigt mensch, dass in dem sich in Bau befindlichem Abschiebelager am Flughafen Menschen bis zu vier Tage vor ihrer Abschiebung inhaftiert werden können, dann wird klar, dass hierzulande ein Paradigmenwechsel in der Abschiebepraxis stattfindet, der spätestens jetzt eine Reaktion alternativer Politiken fordert. Die Politik spricht sich hier auch ausdrücklich dafür aus, Kinder und Jugendliche zu inhaftieren, um das „Abtauchen" einzelner Familienmitglieder zu verhindern.
Organisiert euch und achtet auf Ankündigungen. Erschaffen wir Strukturen und ein solidarisches Miteinander mit Geflüchteten, setzen wir der Abschiebepraxis gemeinsam etwas entgegen und bieten den Geflüchteten Schutz soweit es geht.

* * * * *

Stellungnahme von der LuftschlossfAbrik zur unverhältnismäßigen Räumung und willkürlichen Polizeigewalt

Am Mittwoch, den 03.02.2016 wurde das Kulturkollektiv LuftschlossfAbrik geräumt. Die Stadt Flensburg und das Land Schleswig-Holstein haben eine nie gesehene und übertriebene Repressionsgewalt in rechtlich unklarer Lage ausgeführt. Offiziell wird von 220 Polizist*Innen gesprochen, ein Insider geht von bis zu 500 Einsatzkräften aus. Zwei Räumpanzer und zwei Wasserwerfer kamen zum Einsatz.
Die LuftschlossfAbrik hat sich von Anfang an gegen Gewalt gegenüber Menschen ausgesprochen. Genau so ist es auch gelaufen, von Seiten der Protestierenden. Kollektiv wurde der Widerstand als mediales und symbolisches Zeichen gesehen, geplant und umgesetzt. Dabei lassen wir uns weder in friedliche und böse Aktivist*Innen einteilen, noch in Einheimische und Zugereiste, wie es Polizei und Verwaltung versuchen. Von Anfang an war die Idee der LuftschlossfAbrik eine kollektivistische, die ständig überregionalen Anklang und dementsprechend auch Unterstützung fand, und findet!
Seitenweise wurde in Zeitungen stumpf die verlogenen Polizeipressemitteilungen zitiert, welche von steineschmeißenden Besetzter*Innen spricht. Tatsächlich zeigte sich, dass die Gewalt, wie geahnt, direkt und ausschließlich von der Polizei ausging.
Anders als von der Polizei behauptet, wurden weder Steine oder Latten auf Menschen geworfen. Es wurden mit Blumen

und mit Farbe gefüllte Christbaumkugeln geschmissen. Zu keinem Zeitpunkt bestand für Einsatzkräfte oder Unbeteiligte eine Gefahr.
Noch ca. 500 m vor dem Gelände wurden Menschen, die beobachteten und allenfalls friedlich die Straße blockieren wollten, auf brutale Weise von gepanzerten Polizist*Innen niedergeprügelt und auf dem Boden liegend noch weiter misshandelt. Ein Hütehund wurde von einem Polizisten gepackt und über die Straße geschliffen. Gruppierungen von Menschen wurden von Polizisten eingekesselt, unter ihnen auch ein Ratsmitglied aus Flensburg.
Vor dem ersten Haupteingangstor zum Gelände saßen Menschen in friedlichem Protest und wurden zum Teil mit Schlagstöcken geprügelt.
Ein Räumpanzer preschte durch die Barrikaden, während sich noch Menschen darauf befanden. Wasserwerfer beschossen Menschen auf dem geländerlosen Dach, mit dem Risiko, dass diese durch die Wucht des Wassers hinabstürzen; Eine Gefährdung für Leib und Leben wurde in beiden Fällen billigend in kauf genommen.
Auch am Ballastkai, noch ca 1 km von der Räumung entfernt, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Unterstützern auf dem Weg zur Kundgebung.
Unabhängig von der Polizeigewalt und der rechtlichen Situation bleibt die Frage nach der Legitimität. Die Luftschlossfabrikant*Innen haben zweieinhalb Jahre lang solidarisch, unbezahlt und ohne öffentliche Förderung in selbstverwalteter Zusammenarbeit kulturelle Werte geschaffen und viele Initiativen hervorgebracht. Seit fast einem Jahr laufen Verhandlungen über die Legalisierung des Projektes.
Die bürgerliche Angst der Stadt vor selbstverwalteten Strukturen, einem alternativen Leben, ist offensichtlich. Was nicht in ihre Lebenssicht passt wird nicht unterstützt.
Sobald die Möglichkeit auf viel Profit besteht, muss alles andere weichen.
Unkommerzielle und freie Kultur ist gefährlich für den Status Quo.
Dafür wurden vorschnell Fakten geschaffen. Eine Bürgerbeteiligung über die künftige Nutzung des Geländes ist eine Beleidigung für die Projektnutzer*Innen. Eine direkte Beteiligung Aller war mit einem bestehenden, freiheitlichen Konzept durch die Luftschlossfabrik praktisch bereits umgesetzt. Ein Freiraum für selbstbestimmtes und solidarisches Leben war erschaffen und für alle Interessierten offen. Dann wurden die instand-gesetzten Gebäude und das Gelände unmittelbar nach der Räumung „unbewohnbar“ gemacht und komplett zerstört.
Endgültig zur Farce wird der Vorgang, seit klar geworden ist, dass der Abriss bereits am Freitag zuvor in Auftrag gegeben worden ist, obwohl am darauf folgenden Dienstag in der Ratssitzung über eine Aussetzung der Räumung debatiert wurde.
Frank Döring, Ratsmitglied der CDU, blamiert sich daher mit der Aussage, die Zerstörung der Häuser habe nur als Konsequenz auf die angebliche Gewalt der Besetzer*Innen stattgefunden. Auch zeigt dies, dass seitens der Stadt nie eine Alternative zur gewaltsamen Räumung gewollt war. Die Interessen von Staat und Kapital haben sich mit martialischer Brutalität gegen die Bedürfnisse von Mensch, Gemeinschaft und Natur durchgesetzt.
Auch weiterhin ist der Wagenplatz akut räumungsbedroht. Als Zeichen des Protests sind die Wagenbewohner auf eine ungenutzte städtische Fläche an der „Europawiese“ ausgewichen. Ohne Ausgleichsfläche zum Wagenwohnen werden wir gezwungen uns dem Arbeits- und Mietzwang unterzuordnen, indem die Möglichkeit der Unabhängigkeit durch eine eigene Behausung unterbunden wird. Doch wir werden unsere solidarische Form des Zusammenlebens weiter kultivieren und erproben.
Wir kämpfen für ein Leben in Freiheit ohne Herrschaft. Wir sehen unseren Widerstand als Teil einer sozial-revolutionären und internationalen Bewegung von unten an. Dieser Kampf hat eine lange Tradition und in diesem Kampf sind wir niemals alleine. Uns erreicht seit Wochen eine Welle überregionaler und internationaler Solidarität. Wir werden weiter voller Leidenschaft und Entschlossenheit den Kampf fortsetzen!
Unser Widerstand fängt dort an, wo ihr uns am Leben hindert!

Aufruf zur zweiten Radical Bookfair in Hamburg

Die Radical Bookfair Hamburg Crew freut sich anzukündigen, dass eine weitere Bookfair in Planung ist. Wir laden Euch ein, Teil davon zu sein! Die Idee der Bookfair ist es, Leute, Gruppen und Organisationen aus Hamburg, Deutschland, Europa und darüber hinaus zusammen zu bringen und ein Wochenende voller Vorträge, Diskussionen, Filme und – natürlich – Bücher zu gestalten.
Wir werden Standfläche für Verlage, Kollektive oder Distros bereitstellen, an denen Lesestoff ausgelegt und verkauft werden kann. An diesem Wochenende wird es Workshops, Küche für Alle, Filme, einen Kinderbereich und weiteres noch Anzukündigendes geben.

Kurzinfo:
Die Radical Bookfair Hamburg wird Samstag und Sonntag 11.-12. Juni wieder in der (neu renovierten!) Roten Flora stattfinden. Am Freitag vor dem Wochenende gibt es eine Warm-Up Bar, Samstag eine Party – Genaueres wird zeitnah angekündigt.
Die Bookfair wird kinderfreundlich und rauchfrei sein. Infos über Barriere-Freiheit gibt es auf Anfrage. Während der Bookfair wird es Essen geben.
Für Updates, schaut auf den Blog:
radicalbookfairhamburg.wordpress.com
und (no Facebook)
Oder schreib eine Mail: radicalbookfairhamburg@riseup.net





Zum Umgang mit Verdeckten Ermittler_innen in unseren Zusammenhängen

Nachdem im November 2014 die verdeckte Ermittlerin (VE) Iris Plate alias „Iris Schneider“ enttarnt wurde, flog im August 2015 mit der Enttarnung von Maria Böhmichen alias „Maria Block“ eine weitere VE auf. Derzeit läuft von staatlicher Seite die „Aufarbeitung“ der Einsätze und es wird verhandelt, inwiefern sich die Ermittlerinnen mit ihrem Vorgehen an geltendes Recht gehalten haben. Natürlich verbessern sie in diesem Zuge ihre Einsätze, sie analysieren was als „auffällig“ gesehen wird und richten sich danach.

Für die, die näher mit „Iris Schneider“ und/oder „Maria Block“ zu tun hatten, war die Enttarnung oftmals auch ein persönlicher Schock und sie führte zu Verunsicherung in der Szene. Gut ist, dass sich daraus wieder eine Diskussion entwickelt hat wie wir unsere Strukturen schützen können.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Wir gehen davon aus, dass in Hamburg durchgehend vier bis fünf Verdeckte Ermittler_innen in unseren Strukturen eingesetzt sind. Die Wahrschein¬lichkeit, dass jede_r von euch mindestens eine_n von ihnen kennt, ist daher sehr hoch. So ist aufgrund von Enttarnungen klar, dass parallel zu Iris Plate der Beamte Kristian Krumbeck 2003/2004 und ein Beamter unter dem Pseudonym „Yusuf Kaya“ 2003-2008 im Einsatz waren. Wenn diese Gegebenheit ein Grund ist, Vorsicht walten zu lassen, ist das aus unserer Sicht gut. Allerdings wäre es fatal, wenn das Ergebnis dieser Erkenntnis wäre, dass politische Zusammenhänge, die jetzt sehr offen sind, das in Zukunft nicht mehr wären. Ziele/Aufgaben/Zweck der Überwachung sind nicht nur das Sammeln von Informationen, sondern je nachdem auch Aufstachlung zu „entschlossenerem“ Handeln, Einschüchterung, das Sähen von Misstrauen oder das Zersplittern von Bewegungen. Sich nicht einschüchtern zu lassen und weiterhin solidarisch mit Anderen zu kämpfen und zu leben ist also wichtig, wenn ihre Rechnung nicht aufgehen soll.

Wir glauben, dass offene Strukturen wesentlich sind, wenn es um sichtbare Gegenentwürfe zum gesellschaftlichen Mainstream und politische Umbrüche geht. Ja, dass es ohne diese gar nicht funktionieren kann. Natürlich ist die Vorstellung, dass eine Person, die ich für eine_n Freund_in, eine_n Mitstreiter_in halte, persönliche/politische Informationen über mich an die Repressions¬behörden weitergibt, unangenehm und kann sogar beängstigend sein. Allerdings ist es wichtig im Auge zu behalten, dass die Schergen auch noch andere Methoden zur Überwachung haben, die sie ebenfalls ausgiebig nutzen. Seid euch bewusst, dass mit großer Wahrscheinlichkeit Informationen über euch gesammelt werden, wenn ihr politisch aktiv seid.

Was ihr tun könnt, ist einerseits es ihnen so schwer wie möglich zu machen, und andererseits mit Informationen über (eventuell) strafbare Aktionen extrem vorsichtig zu sein. Überlegt euch immer genau, was ihr wem, wo, wann, wie und warum erzählt und wenn die strafbaren Aktionen in der Vergangenheit liegen, sollte sowieso nicht darüber mit Unbeteiligten gesprochen werden, denn dies geht nur die Beteiligten etwas an.

Seid euch bewusst, wo ihr euch mit wem bewegt: Bei der Planung einer Küfa z.B. ist es nicht so wichtig sicher zu wissen, dass die Leute mit denen mensch das macht keine VEs sind. Allerdings ist es dann gut, den anderen beim Kochen nicht von der nächsten kriminalisierbaren Aktion zu erzählen oder sich selbst als besonders cool darzustellen und sich mit wilden Statements zu profilieren. Das Ganze wird auch nicht sicherer, wenn ihr schon dreimal zusammen gekocht habt. Krimi¬nalisierbare Aktionen sollten nicht in offenen Räumen besprochen werden und sollten nicht nur aufgrund eines „guten Gefühls“ miteinander gemacht werden, sondern aufgrund von sich kennen und eines guten Gefühls.

Wenn es darum geht, Leute für eine klandestine und kriminalisierbare Aktion zu finden, reicht es auch nicht aus, gesamte Gruppen, die mensch für vertrauenswürdig hält, anzufragen. Das ginge nur wenn ihr alle Personen aus der Gruppe kennen und für vertrauenswürdig halten würdet. Es müssen also vertrauenswürdige Einzelpersonen gefragt werden die dann ihrerseits auch weiter fragen können.

Um auszuschließen, dass eine Person ein_e Verdeckte_r Ermittler_in ist, ist es nötig, über die Person wirklich zu wissen, ob ihre Vergangen¬heit/Identität stimmt, oder mindestens eine, besser mehrere Personen zu kennen, die sich für die Person verbürgen (Das heißt, zu bestätigen, dass sie wissen, dass die Person wirklich die Person ist, die sie behauptet zu sein).

Was aber bedeutet, eine_n wirklich zu kennen? Nach längerer Diskussion haben wir einige Orientierungsfragen gefunden, nach denen mensch sich richten kann. Dabei betonen wir gleich zu Beginn: Das sind Ideen und KEINE Liste die einfach „abgearbeitet“ werden kann

-Kenne ich oder andere mir bekannte Personen die Eltern und/oder Geschwister der Person? Wenn ja, wie gut? Wie oft habe/n ich oder andere mir bekannte Personen diese getroffen?
-Kenne ich leibliche Kinder der Person?
-War ich oder eine andere mir bekannte Person mit der Person auf der gleichen Schule/Berufsschule?
-Kenne/n ich oder eine andere mir bekannte Person alte Bekannte/ Schul-/ Freund_innen, Lehrer_innen, Nach¬bar_innen etc. der Person ?
-Kenne ich oder kennt eine andere mir bekannte Person die Person seit min¬destens 10 Jahren?
-Falls die Person lohnarbeitet: War ich schon mal auf der Arbeitsstelle? Kenne ich Arbeitskolleg_innen? Hab ich ver¬schiedene Unterlagen (Arbeitsvertrag, Lohnabrechnungen etc.) gesehen?
-Mit der Person auf dem Arbeitsamt/im Jobcenter gewesen zu sein oder zusammen zu studieren ist unter Umständen nicht aussagekräftig.

Eine Frage mit „ja“ beantworten zu können ist schon mal gut, aber keine Garantie.

Dass hier die „richtige“ („Bluts“)Familie als Überprüfungsmerkmal genannt wird bezieht sich darauf, dass VEs in Deutschland aus Sicherheitsgründen angewiesen werden ihre Familie aus der Tarnidentität raus zuhalten. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass, wenn ihr die Eltern/ein Elternteil und/oder die Geschwister der Person kennt, dass die Person kein_e VE ist. Allerdings ist es für die Ermittler_innen natürlich durchaus möglich, eine_n Bekannte_n oder Kolleg_in, als Elternteil oder Geschwister vorzustellen. Daher kommt es also darauf an, wie oft mensch die Familienmitglieder gesehen hat/wie gut mensch sie kennt. Gleiches gilt für Kinder. Da es allerdings immer wieder vorkommt, dass VEs Beziehungen mit Aktivist_innen eingehen (auch wenn das in Hamburg laut den innerpolizeilichen Anweisungen eigentlich nicht zulässig ist), gilt dieses Argument nur, wenn ihr sicher wisst, dass das Kind nicht eigentlich das Kind des_der Partner_in ist, oder z. B. das Kind des_der Mitbewohner_in.

Wenn ich Leute kenne, die die betreffende Person z. B. aus der Schulzeit kennen, oder z. B. zusammen mit der Person auf die Berufsschule gegangen sind, oder selber mit der Person auf der Schule war und die angegebene Identität (Name etc.) sowie Teile der Lebensgeschichte, wie die betreffende Person sie erzählt hat, bestätigen kann, ist das eine relativ sichere Verifizierung.
Auch gut ist wenn ich oder mir bekannte Menschen die Person schon 10 Jahre oder länger kennen. Die Einsatzzeiten bzw. die Verweildauer in der Szene für VEs können mit Verlängerung in Hamburg nach dem, was wir wissen, zehn Jahre betragen. Danach müsste der_die VE abgezogen werden. Eine Person seit 10 Jahren zu kennen, ist also auch ein gutes Indiz dafür, dass die Identität der betreffenden Person echt ist.
Die Lohnarbeit von VEs ist das verdeckte Ermitteln, also das Rumschnüffeln in unseren Strukturen. Sie haben also weder Zeit noch besteht für sie die Notwendigkeit eines anderen Broterwerbs. Natürlich gehört es aber zu jeder Legende dazu, zu erklären, wovon mensch lebt. Wenn also sichergestellt werden kann, dass die Person wirklich lohnarbeitet, ist es relativ wahrscheinlich, dass die Person kein VE ist. Allerdings bleibt zu bedenken, dass den Repressionsbehörden zur Verifizierung einer Legende extrem viele Möglichkeiten offen stehen. Alle möglichen Papiere können gefälscht sein (Ausweise z.B. sind immer „echte“ falsche – mit diesen können die VEs voll am „Rechtsverkehr“ teilnehmen. Sie können beispielsweise mit der Tarnidentität sämtliche Kauf- ,Miet- und Leih-Verträge abschließen wie zb. Konten eröffnen usw.), es kann sich Zugang zu den angeblichen Arbeitsräumen verschafft werden, andere Beamt_innen können Chef_innen oder Arbeitskolleg_innen spielen. Auch wenn wir noch nicht von einer solchen Legende gehört haben ist es möglich, als VE offiziell Hartz 4, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld 1 oder Rente zu beziehen. Bisher war das bei keine_r aufgeflogenen VE in der BRD, von der wir wissen, der Fall. Auch ein Studium ist kein Garant für die Echtheit der Identität. Simon Bromma (http://spitzelklage.blogsport.de/), der im De¬zember 2010 in Heidelberg enttarnt wurde, war (wie Kirsti Weiss in Hannover 2000) tatsächlich an der Uni eingeschrieben. Auch wenn die Uni Heidelberg nach der Enttarnung Beschwerde dagegen eingelegt hat, dass ein VE dort unter falschem Namen eingeschrieben war.
Natürlich sind diese Eckpunkte alle schon allein deshalb nicht hundertprozentig zuverlässig, weil sich die Repressionsbehörden oft genug selbst nicht an ihre eigenen Regeln halten, wie wir wohl alle schon des öfteren feststellen mussten und wie ja auch unter anderem die Fälle Iris Plate und Maria Böhmichen zeigen (offiziell werden VE abgezogen wenn sie Liebesbeziehungen in der Szene führen, offiziell dürfen VE keine Straftaten begehen…). Außerdem können sich deren Regeln auch jederzeit ändern ohne dass wir das notwendigerweise mitkriegen müssen.
Eine_n richtig kennenlernen zu wollen hat nichts mit einem Verdacht zu tun. Positives Interesse an der Lebensrealität und Vergangenheit einer Person, mit der ich gut befreundet bin, mit der ich zusammen wohne, eine Liebesbeziehung habe und/oder politische Arbeit mache hat auch etwas mit Anteilnahme und Wertschätzung zu tun. Und es bietet einen gewissen Schutz vor VEs. Diesen Schutz benötigt mensch natürlich gerade auch was engere Beziehungen mit Menschen betrifft. Nach Monaten oder Jahren herausfinden zu müssen, dass mein_e Mitbewohner_in, mein_e beste_r Freund_in oder meine Liebesbeziehung eigentlich ein_e VE ist, ist ein riesiger Vertrauensbruch und extrem verletzend. Ganz davon abgesehen, dass Menschen die mir so nahe stehen, Zugriff auf Informationen bekommen.
Sich gegenseitig aus seinem Leben und seiner Vergangenheit zu erzählen stärkt dagegen das Vertrauen. Sich richtig kennen zu lernen kann also Beziehungen intensivieren und dazu beitragen, die Vereinzelung zu durchbrechen, die das neoliberalkapitalistische Kacksystem in dem wir leben so mit sich bringt.
Eine gute Freundschaft sollte außerdem auch heißen, im Falle eines Spitzelverdachtes statt mit Abwehr zu reagieren den Verdacht gegen die befreundete Person erst mal ernst zu nehmen und bei der Aufklärung, z.B. durch Wissen, freundschaftliche Nachfrage usw. zu helfen. Das ist sowohl für die verdächtigte Person, als auch für die Gruppe/Struktur, von der der Verdacht kam die beste Unterstützung.
Sich besser kennen zu lernen ist also ein wichtiger Schritt, um unsere Strukturen vor VEs zu schützen: Nur ein_e super Polit-Checker_in zu sein ist nicht der beste Plan. Interesse aneinander ist der beste Schutz.

Verdeckte_r Ermittler_in (VE) mit oder ohne konkretem Ermittlungsauftrag oder Beobachter_in für Lagebeurteilungen (BFL)– Wo sind die Unterschiede?

Verdeckte Ermittler_innen in konkreten Ermittlungsverfahren – mit oder ohne konkrete Zielperson werden durch ein Gericht zeitlich begrenzt eingesetzt. Sie dürfen/sollen personenbezogene Daten erheben, Wohnungen betreten und engere persönliche Beziehungen aufbauen. (STPO § 110) Allerdings haben sie einen konkreten Ermittlungsauftrag. Dieser kann nicht sein, grundsätzliche Informationen über Bewegung zu sammeln.
Präventivpolizeiliche VE dürfen/sollen zur „Gefahrenabwehr“ die Szene insgesamt ausspähen. Sie werden auf Antrag der Polizei durch die Staatsanwaltschaft für jeweils ein Jahr eingesetzt. Dieser Zeitraum kann von der Staatsanwaltschaft mehrfach um ein Jahr verlängert werden. Sie dürfen personenbezogene Daten erheben und grundsätzlich keine Wohnungen betreten, außer im Einzelfall zur Verhinderung einer Enttarnung. (POL DVG § 12)
Bis vor kurzem gab es auch noch BfL. Ihre Aufgabe war es, allgemeine „Lageerkenntnisse“ zu sammeln z. B. über in der Szene geplante Großevents, Demos, Aktionen, etc. BfL dürfen keine personenbezogenen Daten erheben und grundsätzlich keine Wohnungen betreten, außer im Einzelfall zur Verhinderung einer Enttarnung.
Die Innenrevision hat empfohlen, BfL abzuschaffen und sie nötigenfalls durch präventivpolizeiliche VE zu ersetzen. Diese Empfehlung war Teil eines ganzen Katalogs und der ehemalige Innensenator Neumann hat ausgesagt, die Empfehlungen komplett umgesetzt zu haben.
Wenn Aktivist_innen auf merkwürdige Weise „verschwinden“ kann dies auch daran liegen – eine Recherche lohnt hier.

Gemeint sind wir alle!

Offizielle Schilderung des Wohnprojekts zur Hausdurchsuchung am 26.01.2016

Am 26.01.2016 um 6.00 Uhr am Morgen verschafften sich ca. 30, z.T. mit Maschinenpistolen bewaffnete, vermummte Beamte der Beweissicherungs-und Festnahmeeinheit (BFE) gewaltsam Zutritt zu einem politischen Wohnprojekt in Hamburg. Dabei wurde die Wohnungstür ohne jegliche Vorankündigung (klingeln etc.) mit einem Rammbock eingeschlagen. Zu diesem Zeitpunkt schliefen alle Anwesenden noch. Mit lautem Gebrüll und Ausrufen wie "Polizei, Hände hoch, runter kommen" stürmte die BFE innerhalb von Sekunden die noch dunkle Wohnung und verteilte sich in den Privaträumen.
Die Situation war chaotisch und unübersichtlich. Alle wurden genötigt mit erhobenen Händen von ihren Hochbetten zu klettern, dabei wurden die Waffen im Anschlag gehalten, die Personen mit Taschenlampen geblendet und Laserzielgeräte eingesetzt. Vor der Wohnung parkte ein bereitgestellter Rettungs- und ein Notarztwagen. Das dieser nicht zum Einsatz kam lag wohl vor allem daran, dass alle Bewohner*Innen Ruhe bewahrt haben. Die Bewohner*Innen wurden z.T. mit vorgehaltener Schusswaffe bis zum Eintreffen des Landeskriminalamtes (LKA), Abteilung Staatsschutz, in ihren Zimmern isoliert. Wobei das Vorgehen der einzelnen Beamten stark variierte. Zwei Menschen mussten mit den Händen an den Wänden stehen und durften erst spät mit den anderen Bewohnenden Kontakt aufnehmen. Andere konnten sich nach kurzer Zeit freier Bewegen, eine Person konnte sofort aus ihrem Zimmer und auch Telefonate führen. Festzuhalten bleibt, dass auch ohne vorliegenden Durchsuchungsbefehl alle Privaträume durch Beamte betreten wurden.
Dies passierte im folgenden auch immer wieder und konnte auch nicht durch explizites Hinweisen auf die Gesetzeslage unterbunden werden. Schließlich wies ein Anwalt die Beamten telefonisch auf die rechtliche Lage hin.
Es erschienen nun Herr Richters, der Ermittlungsleiter des LKA, drei nicht uniformierte LKA Beamte und eine neutrale Zeugin (Verbraucherschutzamt). Sie brachten den Durchsuchungsbefehl und legten ihn dem Beschuldigten vor. Nun folgte die Identifikation der Zimmereigentümer*Innen. Dabei wurden die Daten der jeweiligen Personalausweise mit in Zimmern liegenden Dokumenten verglichen was im bei sein der jeweiligen Bewohner*Innen geschah. Währenddessen zeichnete einer der Beamten eine Grundrissskizze und eine Zivilbeamtin begann die ersten Privaträume zu fotografieren. Im Verlauf wurde entschlossen versucht das zu unterbinden und die Beamtin wurde von Seiten der Bewohnenden aufgefordert das Material zu Löschen, was später auch erfolgte, allerdings erst durch einen telefonisch kontaktierten Anwalt. Als die Zuordnung der Zimmer abgeschlossen war, suchte sich der Beschuldigte 2 Zeugen aus, die restlichen Bewohner*Innen wurden angewiesen in einem Zimmer zu warten, da nun ein Sprengstoff-Hund durch die Wohnung geführt werden sollte. Der Hund durchsuchte das Zimmer des Beschuldigten sowie die Gemeinschaftsräume und wurde ohne besondere Vorkommnisse wieder abgezogen. Daraufhin begann die Durchsuchung durch die Beamten und kurze Zeit später erschien die angerufene Anwältin, die von nun an bei allen Handlungen dabei war. Die Suche im Zimmer des Beschuldigten erfolgte gezielt, es wurde v.a. nach Kleidungsstücke und Speichermedien gesucht und ebendiese auch beschlagnahmt.
Die folgende Durchsuchung der Gemeinschaftsräume verlief kurz und ohne das Beschlagnahmen weiterer Gegenstände. Der Überfall endete mit der Übergabe der Durchsuchungsprotokolle und dem Einlegen von Widerspruch dagegen. Um 7.45 Uhr verließen alle Beamten die Wohnung und hinterließen die zerstörte Wohnungstür. Diese wurde im Verlauf des Tages wieder funktionsfähig gemacht, jedoch nicht repariert.
Wir möchten mit dieser Stellungnahme insbesondere die zunehmende Repression gegenüber linken Strukturen transparent machen und in der Ausführlichkeit deutlich machen welche gewalttätigen Formen diese annimmt.

Einordnung der Hausdurchsuchung

Der Zeitpunkt (1,5 Jahre nach der Besetzung der breiten Straße) und die martialische Qualität der Hausdurchsuchung weisen unserer Einschätzung nach auf die Hilflosigkeit der Beamten in einem Prozess hin, der nicht zuletzt an ihren überzogenen Vorwürfen und schlecht geführten Ermittlungen zu scheitern droht. Gleichzeitig möchten wir uns inhaltlich der am vergangenen Samstag veröffentlichten Einschätzung autonomer Gruppen anschließen. Auch wir möchten an dieser Stelle auf Anna & Arthur verweisen, denn dieser Angriff diente wohl vor allem auch dem sogenannten „ auf den Busch klopfen“.
Wir lassen uns nicht einschüchtern und nehmen das Vorgehen der Bullen als Bestätigung der Bedeutung linksradikaler Kämpfe wahr. In Zeiten, in denen rechte Strukturen tagtäglich geflüchtete Menschen angreifen und rechter Terror als „besorgtes Bürgertum“ verharmlost wird, in denen sexistische Übergriffe in rassistische Deckmäntel gepackt werden, in denen der NSU Prozess in der Öffentlichkeit weit in den Hintergrund gedrängt wird und gleichzeitig über 300 Nazis in den Untergrund abgetaucht sind, in denen Menschen an den EU-Grenzen sterben, während die Wirtschaft stets mit Milliarden Beträgen gerettet werden soll, ist eine tiefgreifende Systemkritik wichtiger denn je! Es sind alles gleichermaßen Symptome eines kranken Systems.

Solidarität und Vernetzung sind unsere Waffen dagegen. Lasst uns zusammen keinen Bock mehr auf die Kackscheiße haben!
Was wir brauchen ist ein entschlossenes Einstehen füreinander, ein gemeinsames Kämpfen, in Hamburg, Berlin, Dresden, Leipzig, Rojava, Chiapas, gegen das EU-Grenzregime und Überall!
Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die im Zuge des Breite-Straße-Verfahrens Repression erfahren. Insbesondere den Beschuldigten und dem was sie in Untersuchungshaft erleben mussten. Die übertriebenen Anschuldigungen und das gesamte scheiß Vorgehen des repressiven Apparates müssen Grund genug sein für eine breitere Anteilnahme am Prozess und eine kraftvollere Solidarisierung!

Gemeint sind wir alle!
Danke an alle Solidaritätsbekundungen und Hilfsangebote!
Wir werden nicht Müde, nur noch Wütender!

P:S.: Wenn ihr etwas veröffentlichen wollt bezieht euch gerne auf diese Stellungnahme!



Das Politische ist Politisch

Empowerment für Hausdurchsuchungen

Im Januar 2016 fand in Hamburg wieder eine Hausdurchsuchung gegen Szenestrukturen statt. Wir haben diesen sehr martialisch durchgeführten Polizeiüberfall zum Anlass genommen auch bei uns noch einmal über Hausdurchsuchungen zu diskutieren.
Eine Hausdurchsuchung ist ein Angriff auf uns alle. Wünschenswert ist aus unserer Sicht nicht nur eine gute Versorgung mit rechtlichem Beistand, sondern auch eine direkte Reaktion – z.B. durch Support vor dem betroffenen Haus und/oder eine Sponti noch am selben Tag. Der Kreativität sind hier natürlich keine Grenzen gesetzt.
Um sich solidarisch zu verhalten müssen diese Angriffe natürlich rasch veröffentlicht werden. Uns ist klar, dass das in der Situation nicht immer möglich ist und werden unser Bestes tun dieses zu übernehmen. Für Support bei Hausdurchsuchungen sind wir in den frühen Morgenstunden täglich mobil zu erreichen. Die Mobilnummer ist auf unserem Anrufbeantworter (am besten im Voraus notieren).
Nur weil die Cops bei euch in der Wohnung stehen heißt das nicht, dass sie nicht auch noch zu jemand anderes wollen – es ist also darum wichtig, dass die Information, dass es eine Hausdurchsuchung gibt, umgehend öffentlich gemacht wird. Auch über die eigene Stadt hinaus.
Nach und während Hausdurchsuchungen achten die Cops besonders darauf was wir tun. Die Telefone der Betroffenen werden mit Sicherheit abgehört, beim Support vorm Haus oder einer Sponti steht schnell ein Bulle daneben und hört zu. Es gilt also noch einmal ganz besonders: Keine Spekulationen, kein Gequatsche.
Unterstützungen von Außen oder eine Sponti am Abend kann den Betroffenen unmittelbar neue Kraft spenden und zeigt, dass sie nicht allein sind!
Zuletzt wollen wir noch einmal an unsere Infotexte zu Hausdurchsuchungen erinnern. Ihr findet die Zusammenstellungen unter ea-hh.org und im Infoladen Schwarzmarkt.
Repression gemeinsam entgegentreten. Wir lassen uns nicht unterkriegen.
Hausdurchsuchung kennen wir schon, Feuer und Flamme der Repression.

Ea-hh

Facebook the Conqueror

Die neokoloniale Seite des technologischen Angriffs

Facebook ist seit kurzem die größte Nation der Welt – mit über 1,5 Mrd. Einwohner*innen ist Facebook größer als China und Indien. 2015 wählte Facebook eine neue Strategie, um noch schneller zu wachsen. Mit dem anmaßenden Projekt internet.org, das aufgrund erheblichen Widerstands kurze Zeit später in Free Basics umbenannt wurde, beabsichtigt Facebook insgesamt 100 ärmere Länder smart zu „entwickeln“: Ein stark beschnittenes Umsonst-Internet per App auf dem Smartphone soll „den Armen“ Facebooks Auswahl von Internetangeboten und Facebooks Form der Konnektivität aufprägen. In Indien hat dieses neokoloniale Vernetzungsprojekt heute, am 8.2.2016 aufgrund massiven Widerstands einen herben Rückschlag erlitten.
Google und Facebook wollen jeweils ein möglichst engmaschiges Netz über die Welt legen, das alle mit allen und allem verbindet. Insbesondere die noch unerschlossenen Gegenden ärmerer Länder sollen unter großem technischen und finanziellen Aufwand (Ballons, Satelliten, Drohnen) vernetzt werden. So ist Facebooks „größte philantropische Initiative“ Free Basic imperialer Anspruch, die Entwicklungs- und Schwellenländer informations-technologisch zu erobern.

Man kartografiert nichts,was man sich nicht anzueignen gedenkt

Es geht um nicht weniger als die weltweite Erschließung der Kommunikation als maximal invasive Manipulationsmöglichkeit aller Menschen. So wie die politische Ökonomie herrscht, in dem sie uns die Freiheit konkurrierender wirtschaftlicher Interessen lässt. So kontrolliert und lenkt die Kybernetik, in dem sie uns zugesteht zu kommunizieren und Informationen abzurufen. Free Basics soll rund eine Mrd. bislang unerschlossene Inder*innen in Facebooks Umsonst-Netz bringen. Das Einengen ihres Informations¬horizontes auf eine Filterblase von weniger als 40 Plattformen und Dienste-Anbieter, die mit Facebooks IT-Sicht auf die Welt konform gehen, stellt eine neue Stufe von kolonialer Entmündigung dar.
Ein technologischer Angriff ganz im Sinne von Schumpeters „Schöpferischer Zerstörung“: radikale Zerschlagung überkommener Informations- und Sozialstrukturen zugunsten maximaler Isolierung des Individuums um jeden einzeln gänzlich neu in ein Netz algorithmisch gelenkter Interaktion einweben zu können. Kein Zugriff, keine Manipulation lässt sich umfassender gestalten – und das ohne unmittelbare Anwendung von Zwang. Heute spricht man im Silicon Valley bei dieser Strategie der unumkehrbaren Veränderung sämtlicher Lebensgewohnheiten von „disruptiven Innovationen“: „Wir erzeugen Produkte, ohne die man nicht mehr leben kann“. Das gesellschaftliche Bewusstsein für die Konsequenzen dieses tiefgreifenden Wandels hinkt so weit hinterher, dass deren technokratische Macher*innen leichtes Spiel haben. Sie brauchen unsere Kritik oder Gegnerschaft derzeit kaum zu fürchten.
Während sich im Kolonialismus des 19 Jahrhundert die christlichen Missionare noch die Mühe machten, getrennt von den einfallenden Kolonialtruppen zu reisen, kommen im heutigen Techno-Imperialismus Bibel und Knarre gemeinsam daher - in Form einer smarten Technologie, die den Eroberten die Vernetztheit und die „Macht zu teilen“ bringt. Selbstverständlich zu den Konditionen des Eroberers.

Techno-imperiale Charity Strategien

Hübsch verpackt als Entwicklungshilfe investierte bereits Microsoft in den 90ern viel Geld in Computer- Schulungszentren in Indien. Die wenig überraschende Bedingung war der Betrieb sämtlicher Rechner unter Windows und die Nutzung von Microsofts Programmen. Mehrere Generationen von

Schüler*innen erwarben daraufhin sämtliche Computer-Fähigkeiten unter der Alleinherrschaft von Microsoft: von der Anwendungssoftware über die Systemadministration bis zur Software-Entwicklung. Alles, was nicht Hardware war, war Microsoft. Bill Gates „raubte" Hunderten von Millionen Kids die Perspektive auf Kenntnisse zur Entwicklung von freier Software sowie die Vorteile bei deren Nutzung. Das mag Computer-fernen Menschen spitzfindig erscheinen, doch für die heutige Form des Crowdworking war die „Eroberung" und lenkende „Erziehung" der Jugend in Ländern wie Indien zu digitalen Arbeitsnomaden eine wichtige Voraussetzung.
In vielen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern markierte die Initiative des Bostoner MIT „One Laptop Per Child" einen weiteren technologischen Eroberungszug. Auch dieses zunächst selbstlos daher kommende Projekt (jedem Kind soll ein Laptop geschenkt werden) verblieb im klassisch paternalistischen Verständnis der IT-Entwicklungshilfe, in der häufig weiße, männliche IT-Unternehmer armen, unterentwickelten Kindern im globalen Süden eine glorreiche Zukunft versprechen, sollten sie dieses Gerät, diese App, oder was auch immer nutzen.
Die Einschränkungen bzw die Bevormundung der „zu entwickelnden Armen" im Rahmen der aktuellen Zwangsbeglückung von Facebook reichen deutlich weiter. Und tatsächlich ist auch die „Dankbarkeit" sehr viel kleiner und der Gegenwind deutlich heftiger.

Widerstand auf hohem Niveau

Obwohl Facebook sein zensiertes Umsonst-Internet als „Empowerment" darzustellen versucht, dominieren die Begriffe der Netzaktivist*innen und kleinen Start-Ups rund im die Initiative „SaveTheInternet.in" die breite öffentliche Debatte. Free Basics wird dort mit Bildern wie „grüne Gärten umgeben von hohen Mauern" belegt. Als Zuckerberg im Herbst letzten Jahres auf einem viel beachteten Besuch in Indien aussprach: „Besser ein bisschen, als gar kein Internet", wurden die Vorwürfe seiner teils prominenten Gegner*innen noch deutlicher. Von „Landnahme" (landgrab) war die Rede und von „ökonomischem Rassismus". Die Diskussion kochte so hoch, dass mehrere Unternehmen - so auch die Indian Times – als eines von 37 auserwählten Unternehmen deren Webseite (neben facebook) ab Ende November Indien-weit im beschränkten Zuckerberg-Internet zugänglich sein sollten, die Kooperation mit facebook aufkündigten. Sie schlossen sich der Kampagne für Netzneutralität an, die mit über 400.000 Menschen gegen das Facebook-zentrierte Internet protestierten.
Der öffentliche Druck mit der Forderung nach unbeschränktem Internetzugang geht so weit, dass sich am 24.12.2015 die indische Behörde zur Regulierung der Telekommunikation (TRAI) genötigt sieht, das Projekt auf Eis zu legen – zumindest solange bis die in der Debatte aufgeworfenen Fragen zur Netzneutralität hinreichend geklärt sind. Tags darauf findet sich ein bemerkenswert klarer Kommentar im (keineswegs linken) Indian Express:
„(...) Diese Millionen von Nutzern außerhalb von Europa und der USA müssen als gleichwertige Nutzer online gebracht werden, andernfalls wird die Digitalisierung nur die Ungleichheiten von Klasse, Geschlecht und Rasse reproduzieren, die wir dadurch zu eliminieren versuchen, dass wir allen unbegrenzte Information verschaffen."
Seitdem inszeniert Facebook eine regelrechte PR-Schlacht – mit zweifelhaften Methoden. Zuckerberg fordert alle Facebook-Nutzer*innen auf, mit einem vorformulierten Schreiben gegen die Abschaltung zu protestieren und den Weiterbetrieb von Free Basics bei der Aufsichtsbehörde einzufordern. Die Kampagne SaveTheInternet.in hat zahlreiche Fälle protokolliert in denen Nutzer*innen beschreiben, dass sie ohne ihr Zutun oder sogar trotz ihrer Ablehnung dieses Schreibens als Unterstützer der Facebook-Kampagne hinzugefügt wurden. Auch deaktivierte Facebook-Profile sollen plötzlich als Unterstützer*innen agiert haben. Seine Gegner*innen diffamiert er mit den Worten: „Anstatt allen Zugang zu einigen Basis-Internetdiensten zu geben, fordert eine kleine Gruppe von Kritikern, dass alle gleich viel bezahlen sollen um sämtliche Internetdienste erreichen zu können; auch wenn das bedeutet, dass 1 Mrd. Menschen sich gar keinen Zugang zu irgendeinem Dienst leisten können."
Mit einer gigantischen PR-Kampagne #DigitalIndia versuchen Zuckerberg und der Indische Premier Modi gemeinsam verlorenes Terrain zurück zu gewinnen. Erfolglos – am 8. Februar hat die Aufsichtsbehörde dem Projekt endgültig eine Absage erteilt: Kein Anbieter dürfe auf Baisis der Inhalte diskriminierende Tarife anbieten. Schluss, aus, Ende; zumindest für die nächsten zwei Jahre ist diese Entscheidung unumstößlich.
Der breite Widerstand gegen Facebooks koloniale Bevormundung hat Signalwirkung für weitere 35 Länder in denen Free Basics bereits läuft: Am 2. Januar diesen Jahres schaltet auch Ägypten nach nur zwei Monaten das Facebook Netz wieder ab – ohne eine Begründung zu nennen. Auch in Nigeria machen sich starke Proteste gegen eine begrenztes Internet breit. Hier lautet der Slogan der Bewegung:

„All the internet. All the people. All the time"

Damit ist der moderne Techno-Imperialismus natürlich nicht gebannt. Weiterhin zahlt Facebook Menschen in Indien, Mexiko, der Türkei und den Philippinen nur vier Euro pro Stunde für die Suche nach Nacktfotos und Pornografie auf seinen Seiten. Das ist die Hälfte des US-amerikanischen Mindestlohns. Und natürlich auch jenseits von Facebooks unmittelbarer Einflusssphäre arbeiten weiterhin viele der Armen in Asien und Afrika zu Hungerlöhnen auf den Müllhalden, auf denen allein aus den USA 10 Millionen Tonnen Elektronikschrott lagern. Und weiterhin arbeiten Kinder in den (Coltan-) Minen zur Gewinnung der seltenen Erden, die zur Deckung unseres Smartphone-Hungers benötigt werden. Die Hauptlast des technologischen Angriffs bleibt also weiterhin ganz unsmart kolonial exportiert.

„Entschlüsselung auf Zuruf" in nur einem Tag gekippt

Weltweit versuchen derzeit Regierungen in einem neuen Anlauf starke „end-to-end"-Verschlüsselung von Kommunikation und Datenspeicherung auszuhebeln. Die Strategie dabei: die Geheimdienste versuchen nicht mehr nur über eine „back-door" in verschlüsselte Dokumente, Mails, Sprach- und Text-Nachrichten einzudringen. Mit Verweis auf die „globale Terrorismusgefahr" fordern die Sicherheitsbehörden vielmehr offensiv durch die „front-door" gehen zu dürfen. Während die indische Regierung zuvor die maximal zulässige Schlüssellänge begrenzt hatte, lancierte sie im September 2015 einen Gesetzentwurf, nach dem jede/r den Inhalt ihrer verschlüsselten Kommunikation 90 Tage lang im Klartext vorhalten muss, um ihn bei Aufforderung den Sicherheitsbehörden ausliefern zu können. Diese „heimische Entschlüsselungs-Vorratsdatenspeicherung" sollte sowohl für jeglichen privaten als auch geschäftlichen Datenverkehr gelten.
Die Empörung und der unmittelbar folgende Widerstand waren überwältigend groß. Am Montag, den 21.9.2015 veröffentlicht und am späten Nachmittag um die Ausnahmen WhatsApp und Facebook korrigiert, wurde der Gesetzesvorschlag am Dienstag (nach nur einem Tag!) gänzlich zurückgezogen.

capulcu

Der Rechten ist es gelungen eine B

Dieser Text ist ein Versuch einer groben Einordnung der rassistischen Situation und den offenen autoritären Entwicklungen im letzten Jahr in Deutschland (mit Focus auf Sachsen insbesondere Dresden und Umgebung). Er soll als Diskussionsgrundlage dienen, weiter ergänzt und kritisiert werden. Es gab zu keinem Zeitpunkt den Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr wurden einzelne Ereignisse gewählt, um eine Entwicklung zu verdeutlichen.

Der Rechten ist es gelungen eine Bewegung auf die Straße zu bringen.

Ihr Zentrum ist Dresden und das Umland der Stadt, die fast wöchentlich Aufmärsche oder Kundgebungen mit tausenden von TeilnehmerInnen auf die Straße bringt. Dresden ist schon länger eine Stadt die (zumindest in Teilen) als Homezone für Nazis gilt. Auch wenn die großen geschichtsrevisionistischen Demonstrationen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch antifaschistische Kampagnen und bundesweite Mobilisierungen medienwirksam verhindert werden konnten, stand dies nie symbolisch für die alltäglichen Kräfteverhältnisse. Auch die staatliche Repression machte deutlich, dass antifaschistischem Handeln im Freistaat Sachsen ein rauer Wind entgegen weht. Auch wenn die Dresdner Naziszene ohnehin schon stark ist, ist zu beobachten, dass ein großer Teil organisierter und militanter Neonazis aus dem Umland anreist und eng mit der Dresdner Szene verknüpft ist. In den umliegenden Orten von Dresden gibt es auch schon länger etablierte, organisierte Nazistrukturen. Der rassistisch geführte Diskurs über Flucht- und andere Migrationsbewegungen in Politik und Medien und dem größten Teil der Gesellschaft hat es den organisierten Nazis möglich gemacht in den Orten und Regionen in denen es kaum antifaschistischen Widerspruch gibt, die Deutungshoheit der Geschehnisse zu erlangen. Durch PEGIDA konnte eine Bewegung geschaffen werden, die enorm schnell radikalisiert. Nicht nur den gesellschaftlichen Diskurs, sondern auch die Beteiligten an der Bewegung selbst. Durch das fast wöchentliche Treffen bei PEGIDA ist ein enormes Gemeinschaftsgefühl erwachsen. Es wurden Kontakte geknüpft und genetzwerkelt. Auch hierbei sind die organisiert angereisten Gruppen aus dem Umland (wie z.B. Freital, Heidenau, Pirna, Meißen,…) von Bedeutung. Durch ihre Präsenz beeinflussen sie die Diskussion innerhalb der Bewegung. Dazu kommt, dass organisierte Reisegruppen Anschlussmöglichkeiten für nicht organisierte bieten und so eine Möglichkeit darstellen in Kontakt zu kommen (zu politisieren) und in längeren Gesprächen ihre Weltanschauungen zu festigen und zu propagieren. In der Präsenz nach außen möchten sie zum einen vermitteln (z.B. auch über Fahnen), dass PEGIDA nicht nur von Dresden gestützt wird, also breiter aufgestellt ist, und zum anderen treten sie als organisierte Gruppen auf, von denen Gewalt ausgeht. Zusätzlich sorgen sie für ein größeres Stammklientel.

Ideologisches Grundgerüst

Die beiden Hauptthemen von PEGIDA, die Hetzte gegen Geflüchtete (Fremdenfeindlichkeit) und die Islamfeindlichkeit gehen einher mit der Identifikation mit Volk und Nation und bei den meisten auch mit einem nicht weiter definierten „Christlichen Abendland“. Dies spricht ein ziemlich weites Spektrum unserer Gesellschaft an, wovon nur ein Bruchteil auf der Straße partizipiert. Durch PEGIDA ist ein Forum entstanden, in dem Menschen aus der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ mit verschiedensten außerparlamentarischen Strömungen der Rechten in Verbindung kommen. Ob VerschwörungstheoretikerInnen oder Hooligans, Burschenschaften oder christliche FundamentalistInnen, ReichsbürgerInnen oder Neonazis. Deshalb war es auch so wichtig, dass PEGIDA möglichst lange ein bürgerliches Image pflegte (und Politik und Medien den Dialog möglichst lange suchen). Durch die Diskreditierung von allen externen Informationen als „Lügenpresse“ oder als gezielt gestreute Fehlinformation wahlweise von „den Juden“, vom Staat oder „der Antifa“, wird auch hier die Inhaltliche Deutungshoheit erlangt. Durch direkte Begegnungen und Internetforen (Bspl. PI News) wird ein eigenes Informationsnetzwerk aufgebaut, das in der Bewegung als vertrauliche Quelle gilt. So radikalisiert sich eine ganze Bewegung (abgeschottet von äußeren Informationen und Argumenten) und trägt dazu bei, dass sich der gesellschaftliche Diskurs weiter in Richtung autoritärer Ansätze verschiebt.

Allen AkteurInnen gemeinsam sind die Konstruktionen des Volks und der Nation. So schaffen sie es trotz innerer Widersprüche der rechten Bewegung gemeinsam gestärkt hervor zu gehen. In (vermeintlichen) Krisensituationen, ist in breiten Teilen der Gesellschaft eine Abgrenzung eines vermeintlichen Wir zu beobachten. Dies findet oft auf verschiedenen Ebenen statt. So z.B. die Volksgemeinschaft, als größerer Zusammenhang oder die konservative Familie im Kleinen. Das Patriachat ist einer der Fundamente autoritärer Gesellschaftsentwürfe. Umso mehr Menschen an Volk und Nation glauben, desto größer ist das Potential der rechten Bewegung (und der einzelnen Strömungen), welches sie mit ihrer Propaganda erreichen können. Aus diesem ergibt sich ein Mobilisierungspotential, worin wiederum ein Rekrutierungspotential besteht.

Kurze Skizzierung der Entstehung der Bewegung

Nachdem im Sommer 2013 in Berlin Hellersdorf rassistische Proteste gegen ein Lager für Geflüchtete in der Carola-Neher-Str. durch antifaschistische Interventionen und kontinuierliche Arbeit vor Ort vorerst zurück gedrängt werden konnte, folgte im zweiten Halbjahr 2014 eine rassistische Mobilisierung, die auch 2015 weiter andauerte. Der vorerst größte Höhepunkt in Marzahn endete in einer rassistischen Demo mit 600 TeilnehmerInnen Ende 2014, die bundesweit mediale Beachtung fand. Die „Nein-zum-Heim Initiativen“ scheinen ein gutes Format für Nazis zu sein, mit anderen Menschen zu demonstrieren und gemeinsame rassistische Positionen zu propagieren. So konnten sie ihre „Isolation“ aufbrechen und es entstanden bundesweit „Nein-zum-Heim Initiativen“ und „Bürgerwehren“. Spätestens HOGESA 2014 hat gezeigt, dass die rassistische Mobilisierung auch das Hooliganspektrum ansprach und das die Fluchtbewegung und die gesellschaftliche Reaktion auf diese, viel Potential für das Politisieren dieses Spektrums beinhaltet. Zwar schafften sie es bisher nicht zu einem Revival der "Massenmilitanz“ im Oktober 2014 in Köln, jedoch fanden einige von ihnen ihren Platz in der Bewegung, z.B. als OrdnerIn oder um den „Schutz“ zu organisieren. Die „Jungs fürs grobe“ finden in der Bewegung Anerkennung für ihre Rolle und werden so von dem/der gewaltsuchenden AlltagsrassistIn zum/zur nicht weniger gewalttätigem/n politischen AkteurIn. Schnell etablierte sich Dresden als Zen-

ewegung auf die Straße zu bringen

trum der aufkeimenden Bewegung. Durch das Entstehen von PEGIDA und den Ablegern entstand eine mediale und politische Aufmerksamkeit, die der Bewegung zugestand, tatsächlich politische Einflussmöglichkeiten zu besitzen. Doch anstatt die Bewegung zu isolieren und offensiv gegen sie anzugehen, wurden die RassistInnen als „besorgte Bürger“ verharmlost, deren Sorgen (nicht nur rassistische Vorurteile und Einstellungen) man ernst nehmen müsse. So wurde und wird in großen Teilen der Gesellschaft der Dialog gesucht und damit Rassismus als legitimer Standpunkt akzeptiert, den es zu diskutieren lohnt. Was vor dem ideologischen Hintergrund, dass Geflüchtete weithin als Bedrohung gesehen werden und die faktisch schon bestehende Festung Europa (innerhalb und außerhalb) fleißig ausgebaut wird, nur folgerichtig ist. Hier zeigt sich die breite Verankerung rassistischer Denkweisen in dieser Gesellschaft ganz klar und offen. Über das Konstrukt der bürgerlichen Mitte wird der Dialog legitimiert.

In dieser gesellschaftlichen Stimmung werden zunehmend künftige und bewohnte Lager für Geflüchtete angegriffen. Während die Brandanschläge vorerst meist unbewohnte Lager trafen, schien sich dies spätestens seit Mitte 2015 geändert zu haben. Zunehmend werden auch bewohnte Lager angezündet und auch Angriffe auf Geflüchtete, die dezentral in Wohnungen untergebracht wurden, mehren sich. Ausschreitungen und Belagerungszustände wie in Dresden, Freital und Heidenau, die durch das bewusste Nichthandeln der staatlichen Behörden und der Polizei erst in dieser Form entstehen konnten, sind Finstere Ausblicke auf Kommendes.

Zunehmend werden bei den Rechten auch für sie untypische Aktionsformen ausprobiert. Im Dresdner Stadtteil Übigau richteten RassistInnen eine Art Mahnwache als Blockade des Zugangswegs zum Lager für Geflüchtete. Obwohl die Mahnwache angab die „Blockade“ zu räumen, wenn sie dazu aufgefordert würden, wurde darauf verzichtet und lieber ein neuer Zufahrtsweg errichtet, um drinnen mit den Aufbauarbeiten zu beginnen. Auch gab es bei der Verteilung von Geflüchteten in Sachsen Blokkaden von Bahnhofsvorplätzen (Freiberg und Meerane) und Besetzungen von taktisch guten Kreuzungen, um den Transport von Geflüchteten per Bus zu stören. An Silvester wurde von einer rassistischen Initiative ein Ultimatum an die Stadt Dresden gestellt. Die Geflüchteten sollten innerhalb von 14 Tagen wieder verschwinden. Glükklicherweise hatte das erfolglose Ultimatum bis jetzt keine bekannt gewordenen Folgen auf der Straße.

Mit Freital und Heidenau gewann die Stimmung nochmal an Schärfe. Die RassistInnen zeigten militante Straßenpräsenz vor und gegen Lager von Geflüchteten. Sowohl in Freital, als auch in Heidenau baute sich der „Protest“ über mehrere Tage auf. Während in Freital die Gewalt gegen Menschen noch hauptsächlich im Umfeld der Veranstaltung (Hin- und Rückweg) stattfand, ging die Gewalt in Heidenau in eine Art „Massen“-militanz über. Dabei war eine alarmierend gute Organisierung der Nazis zu erkennen. So gab es am Samstag neben dem Angriff auf der Straße einen weiteren koordinierten Angriff auf die antifaschistische Kundgebung aus anderer Richtung. Auch eine Art improvisierten Checkpoint auf der Landstraße hatten sie errichtet, an dem Fahrzeuge gestoppt und zumindest vereinzelt zurückgeschickt wurden.

Der PEGIDA-Geburtstag am 19.10.15 war ein nächster Schritt.

Organisierte RassistInnengruppen schafften es am Ende des Tages deutlich die Straßen zumindest in der Altstadt zu dominieren. Vielerorts wurden Gegendemonstrant*innen gejagt und angegriffen.

Der PEGIDA-Geburtstag war ein länger feststehender Termin und so gab es sowohl von PEGIDA, als auch von antifaschistischer/antirassistischer Seite eine bundesweite Mobilisierung. Nachdem eine organisierte Gruppe aus 200-300 RassistInnen ohne jegliche Polizeibegleitung (mit Fronttransparent und unter Rufen wie: „Hier marschiert der Nationale Widerstand“) vom Hauptbahnhof zur PEGIDA-Kundgebung demonstrierte, lief es an anderen Zugangswegen für die RassistInnen nicht ganz so reibungslos. Während der Kundgebung zerstreuten sich die Gegendemonstrant*Innen um möglichst an allen Zugangspunkten präsent zu sein, einige suchten auch nach Gelegenheiten wenigstens in direkte Sichtweite zur Kundgebung zu gelangen. Nach Beendigung der PEGIDA-Kundgebung zogen organisierte Gruppen durch die Altstadt und griffen immer wieder Menschen an, die sie als nicht zu ihrem Volkskörperweltbild gehörend betrachteten und lieferten sich vereinzelt kleinere Scharmützel mit den Bullen. Nach dem eine antirassistische Demo zurück in die Neustadt stattfand, um eine Möglichkeit des sicheren Rückzugs anzubieten, fanden auch dort im Nachhinein Angriffe durch RassistInnen statt.

Am 21.12.15 wollte PEGIDA in die Neustadt ziehen.

Nachdem am 12.12.15 der Versuch von Neonazis durch Connewitz zu laufen, von Auseinandersetzungen zwischen Antifaschist*Innen und den Bullen begleitet wurde, wollte PEGIDA klarstellen, dass sie in Dresden laufen wo sie wollen. So gab es eine überregionale Mobilisierung zu diesem Termin, welche auf antifaschistischer Seite eher gering ausfiel. PEGIDA wurde per Auflage an den Rand der Neustadt verlegt und auf beiden Seiten nur stationäre Kundgebungen erlaubt. Nach halbherzigen Versuchen von Antifaschist*Innen die weiträumige Trennung zu überwinden, hatten sie sich verstreut oder wieder zurückgezogen. In Autokonvois organisierte Gruppen von RassistInnen bewegten sich unabhängig von PEGIDA durch die Neustadt. Als sich eine dieser Gruppen dem AZ Conni näherte, bewegte sich eine größere Gruppe Antifaschist*Innen in ihre Richtung, wurden allerdings von Bullen gestoppt und in Richtung AZ getrieben. In der Folge wurde das AZ umstellt und ca. 10 Personen von den Bullen gefilzt und kontrolliert. Andernorts in der Neustadt wurde eine Gruppe Antifaschist*Innen von einer 20-30 köpfigen Gruppe RassistInnen angegriffen. Im Nachhinein wurde eine Person bewusstlos in einer Seitenstraße gefunden.

Silvester und die Bullen

Wenn in Heidenau der braune Mob angreift, hat die Polizei angeblich keine Hundertschaft mehr zur Verfügung. Hätte es zum gleichen Zeitpunkt eine Scherbendemo in Dresden gegeben, wäre bestimmt recht schnell eine da gewesen. Wenn in Leipzig ein paar Mülltonnen brennen und die Polizei ihrem Beruf nachgeht die Steine abzufangen, damit es nicht „die Richtigen“ trifft, wird von „Straßenterror“(nicht etwa von den Nazis) gesprochen. Und folgerichtig wird zu Silvester in Connewitz das Grundrecht auf Versammlung eingeschränkt, während die Polizei in Dresden keine Notwendigkeit dazu sieht Lager in

der Silvesternacht besonders zu schützen, obwohl am Abend vorher eine teilweise vermummte Demo unter Böllerwürfen und mit Fackeln durch Laubegast zog.

LEGIDA-Geburtstag (Leipzig 11.01.16)

Während LEGIDA durch Leipzig marschiert gibt es zeitgleich eine organisierte Scherbendemo, durchgeführt von ca. 250 RassistInnen in Connewitz. Auch eine weitere Gruppe von ca. 50 RassistInnen ist unabhängig von der Demo durch die Stadt gezogen. Antifaschist*Innen, die sich in Bewegung setzen wollten wurden von der Polizei gekesselt und so daran gehindert einzugreifen, während ihr eigener Kiez von organisierten RassistInnen angegriffen wurde. Abgesehen von einer größeren Gruppe Nazis, welche die Bullen nach der Scherbendemo eingekesselt und abtransportiert hatten, konnten sich die restlichen RassistInnen auch in größeren Gruppen lange ungestört bewegen. Trotz 2000 Bullen mit Pferden, Räumpanzern und einigen Wasserwerfern, haben sich die Bullen zum Großteil darauf beschränkt, Antifaschist*Iknen vom Eingreifen abzuhalten und die Nazis und ihre Autos am Rand von Connewitz zu schützen. Über Twitter drohten RassistInnen abends Einzelpersonen durch die Nennung des Namens und der angeblichen Straße in der die Person wohnen soll. Einen ähnlich organisierten Naziangriff in Connewitz hat es das letzte Mal in den 90igern gegeben.
Schon vor der Demo hatte die NPD Leipzig ein internes Dokument der Bullen veröffentlicht, in dem es um eine Fahrzeugkontrolle bei Antifaschist*Innen ging, welche mit Namen genannt wurden.
Dazu gab es in den Tagen vor der Demo gegen Kassek (Grüne) und Nagel (Linke) Morddrohungen.
Der Tag in Leipzig zeigt außerdem, dass PEGIDA in der Lage ist mehrere Tausend Menschen in eine andere Stadt (zumindest in Sachsen) zu mobilisieren.
Unter den Autos des Konvois, der in Connewitz randalierte, ließen sich Kennzeichen aus Dresden und Pirna finden.

Ein besonderes Augenmerk in der Analyse sollten wir auch auf diese Aspekte richten:

Das letzte Jahr hat gezeigt, dass einige AkteurInnen, die schon Anfang der neunziger aktiv waren, heute wieder aktiv geworden sind z.B. organisatorische Aufgaben übernehmen. Durch die rassistische Stimmung in der Gesellschaft, werden alte Kader wieder motiviert, klinken sich in bestehende Netzwerke ein und bringen alte Kontakte mit. So ist der „besorgte“ Rassist, der versuchte die Kölner OB Henriette sowieso mit einem Messer umzubringen, schon aus den 90igern bekannt.
Wieder ausgegrabene und erneut veröffentlichte Rechercheartikel aus den 80igern und 90igern könnten wahrscheinlich hilfreich sein, um die Entstehung von (vermeintlich) neuen Netzwerken besser nachvollziehen zu können.
Auch ist auffällig, dass einige AkteurInnen in wichtigen organisatorischen Rollen in ihrer Kindheit in Kaderlagern der Naziszene (die seit den 50igern mehr oder weniger ununterbrochen in (West-)Deutschland stattfinden) waren. Sie sind also seit dem Drill der Kindheit psychisch und physisch dazu geschult worden, eine solche Bewegung ins Leben zu Rufen und sie zu steuern.
Momentan treffen ihre Bemühungen auf fruchtbaren Boden. Wir dürfen nicht den Fehler machen sie zu unterschätzen. Es gibt lange bestehende Strukturen, die sich eine rechte Bewegung herbeigesehnt haben und die im letzten Jahr verdammt schnell ein enormes Potential entfalten konnten. Sie schaffen es eine Dynamik zu entfalten, in der sie Anschlussfähigkeit an große Teile der Gesellschaft haben.
Die Arbeit rechter Think-Tanks sollte mehr ausgewertet und in die Analysen stärker mit aufgenommen werden. Zwar zeugt das Gerede von einer konservativen Revolution auch in der jetzigen gesellschaftlichen Situation von Spuren des Größenwahns, jedoch verdeutlicht es auch, wie bestätigt und motiviert sie sich durch die Präsenz einer Rechten (außerparlamentarischen) Bewegung auf der Straße fühlen. Es werden zwar einzelne AkteurInnen wie Elsässer und sein Compact-Magazin angegangen, jedoch scheinen die Think-Tanks in der Regel nicht die Aufmerksamkeit zu bekommen, die sie verdienen. Wer versucht die großspurigen Formulierungen zu ignorieren und die Texte auf seine Inhalte reduziert, wird feststellen, dass durchaus durchdachte Ansätze dahinter stehen die bestimmte Impulse in die Bewegung senden sollen.
Seit dem Auffliegen der Terrorzelle um Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt ist das bestehende NSU-Netzwerk bekannt. Das diese Terrorzelle nur ein kleiner Teil eines Netzwerkes ist, steht außer Frage. Nicht klar ist, ob es weitere aktive Terrorzellen von diesem Netzwerk ausgehend gibt oder gab und ob das Trio alle Taten tatsächlich alleine durchgeführt hat oder ob es über die konkrete Tatunterstützung hinaus auch in Koordination agierende Zellen gibt/gab.
Durch die in diesem Zusammenhang an die Öffentlichkeit geratenen Informationen ist deutlich geworden wie die Ermittlungsbehörden mindestens mit viel Wohlwollen und Versagen auf ganzer Linie den Terror unterstützt, vielleicht sogar erst möglich gemacht haben.
Dabei tat sich im Besonderen der Verfassungsschutz (VS) hervor. Der Inlandsgeheimdienst der in der neugegründeten BRD fast nur eine Namensänderung als Neuerung erlebte, ist in der Zeit seiner Existenz immer wieder mit Verstrickungen in Rechte Netzwerke/Strukturen und Zellen aufgefallen. So z.B. auch Anfang der 80iger im Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat.
Der VS muss als Akteur mit nicht zu unterschätzendem Einfluss auf rechte Strukturen und Netzwerke mitgedacht werden. Er ermöglichte in weiten Teilen das Handeln des Trios, welches sich auf den NSU bezog, durch Beschaffung von Geld, Sprengstoff und Know-How.
Zudem sei an einen standardmäßig tolerierten rassistischen Untergrund erinnert. Mindestens 372 RassistInnen befinden sich trotzt teilweise mehrerer Haftbefehle auf freiem Fuß.
Auch die AFD ist eine weitere wichtige Akteurin, die versucht, parlamentarischer Arm der Bewegung zu werden. Ihre Rolle wurde z.B. bereits in einigen Analysen thematisiert.

Wir wollen Solidarität geben, sie aber auch einfordern

Nachdem die rassistische Bewegung den gesellschaftlichen Diskurs immer weiter in autoritäre und rassistische Richtung verschoben und damit fast alle verbalen Tabus in großen Teilen der Gesellschaft aufgehoben hat, nimmt rassistische Gewalt stetig zu und weitet sich auf immer mehr gesellschaftliche Gruppen aus. Es macht Angst zu sehen wie wenig Menschen bereit sind den gewalttätigen RassistInnen auch direkt und handfest zu begegnen. Selbstverständlich soll hier für niemanden bestimmt werden, wie seine/ihre* Handlungsmöglichkeiten aussehen sollen. Aber es soll Solidarität von allen Antirassist*Innen/Antifaschist*Innen eingefordert werden, für diejenigen, die bereit sind auch militant gegen RassistInnen vorzugehen. Natürlich ist Gewalt gegen Menschen das letzte und ohnmächtigste Mittel, mit dem Mensch vorgeht, wenn einer keine andere Möglichkeit mehr sieht. Es glaubt auch niemand daran mit Gewalt die Änderung einer Ansicht zu erreichen. Bei organisierten RassistInnen, die ein solch abgeschlossenes Weltbild besitzen, ist nicht davon auszugehen, dass Mensch irgendwie etwas daran ändern kann. Es geht also darum, den RassistInnen den öffentlichen Raum zu nehmen, ihre Wirkungsmacht einzuschränken. Zunehmend geht es allerdings schlicht um die ständig steigende Notwendigkeit an organisiertem antifaschistisch/antirassistischem Selbstschutz. Wenn Rassi-

stInnen oder Bullen angreifen, sind die militanten Antifaschist*Innen/Antirassist*Innen die einzigen, die durch ihre Präsenz und ihr eingreifen versuchen allen Teilnehmer*Innen der antirassistischen Versammlung Schutz zu bieten. Oder wie stellen sich „konsequent gewaltfreie" Gegendemonstrant*Innen denn einen Angriff von RassistInnen auf eine Versammlung vor, wenn sich ihnen nicht mutige Menschen in den Weg stellen ?
Aus unserer Perspektive sollte in dem gewalttätigen Kontext in dem wir uns befinden und unser Handel stattfindet, nicht die Frage diskutiert werden, ob Gewalt, sondern wann es sinnvoll und legitim ist sie anzuwenden und ob nicht sogar eine (dringende) Notwendigkeit besteht und/oder es unausweichlich ist. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich selbst bei ganz konkreten Verteidigungssituationen Mitdemonstrant*Innen die eigenen (militant agierenden) Leute angehen, obwohl sie im selben Atemzug genau durch diese geschützt werden. Nur weil sich glücklicherweise Menschen auf gewaltsame Auseinandersetzungen vorbereiten, heißt das nicht, dass sie sich gerne in solche Situationen begeben. Sie erkennen mindestens eine Notwendigkeit der Selbstverteidigung an und erklären sich solidarischer Weise mit allen, die sich nicht bereit oder in der Lage sehen, in direkte Auseinandersetzungen zu gehen, dazu bereit diese Rolle zu übernehmen.



Die rechte Bewegung bedeutet ein Rollback für alle antiautoritären Kämpfe

Ohne Frage sind alle Themenschwerpunkte einer emanzipatorischen Perspektive wichtig. Jedoch gilt es zu beachten, dass diese rassistische Bewegung einen Schlag für alle emanzipatorischen Bestrebungen darstellt. Das sollte mit in Betracht gezogen werden und sich auch im Handeln wiederspiegeln. Es wird immer bedeutender, dass wir unsere Differenzen soweit überwinden, dass wir uns in einen gemeinsamen Kontext stellen. Denn nur, wenn von allen „Teilbereichskämpfen" ein Bezug auf einen gemeinsam geführten Kampf für eine tatsächliche Alternative ausgeht, haben sie gemeinsam das Potential zu einer Bewegung zu werden. (Ein gemeinsamer Nenner könnte der Kampf für einen emanzipatorischen Prozess sein, mit allen, die eine ernsthafte Diskussion über antiautoritäre Gesellschaftsentwürfe führen wollen.)
Der Diskurs um die Übergriffe in Köln und die Vereinnahmung des Themas durch die RassistInnen, zeigt beispielhaft, wie emanzipatorische Kämpfe, hier für feministische Perspektiven gegen sexualisierte Gewalt, durch die Reaktionären zurückgedrängt wurden und werden.
Wie schon in ihrer Propaganda gegen muslimisch gläubige Menschen haben sie sich „Frauenrechte" auf die Fahnen geschrieben. Vorläufig gipfelte diese Absurdität darin, dass sich in Köln am Tag (So 10.01.16) nach einer aggressiven PEGIDA-Demo (Sa 09.01.16) mit Bezug auf die Übergriffe in der Silvesternacht, Türsteher, Hooligans und Rocker zusammenschlossen, um in mehreren organisierten Gruppen Menschen anzugreifen, die ihnen nicht „deutsch" genug erschienen. Bei dieser Klientel scheint es doch recht verwunderlich, dass sie sich angeblich für Frauenrechte stark machen will, wenn Mensch bedenkt, dass sie sich in einem Umfeld bewegen, indem einer der Hauptwirtschaftszweige Zwangsprostitution und Menschenhandel ist.
Es ist wichtig den Fokus des eigenen Teilbereichskampfes nicht zu verschieben, nur weil ein paar Nazis meinen, irgendwo lang laufen zu müssen. Es geht darum, die Konsequenzen einer radikalen Analyse in die Praxis umzusetzen. Doch dürfen wir nicht vergessen, dass auch Symptome tödlich enden können. Auch wenn Fieber ein Symptom ist, und nur ein Nebenerscheinungsbild einer anderen Krankheit, kann es tödlich enden.

Lasst uns gemeinsam Handeln – Organisieren wir uns

Nun gilt es aus der Ohnmacht auszubrechen, Perspektiven zu entwickeln und handlungsfähig zu werden. Wir müssen uns vernetzen und organisieren, dürfen dabei aber nicht handlungsunfähiger werden. Die tatsächlichen Aktivitäten sollten sich, durch stärkere Vernetzung steigern und intensivieren.
Wir sollten uns auf vertraute Menschen besinnen. Menschen mit denen wir gemeinsam(e) Erfahrungen gesammelt haben. Wir sollten uns zusammenschließen und zusammen Handeln !

Autonome Antifas

Anschlag auf den Knast Weiterstadt

Erklärung vom 30. März 1993

Es hat sich nichts daran geändert, daß wir den Einschnitt in unsere Geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen. Denn wir sind auf einen Prozeß aus, in dem soziale Gegenmacht von unten und daraus eine neue Vorstellung für den revolutionären Umwälzungsprozeß entwickelt werden kann. Das erfordert eine Diskussion, in der sich die unterschiedlichsten Menschen finden und neue Grundlagen und gemeinsame Kriterien für diesen Prozeß schaffen. Es geht um den Aufbau einer sozialen Gegenmacht, die sich als relevante Kraft in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen Verhältnisse einbringen kann.

Es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte Wirklichkeit umfassend zu begreifen und in diesem Prozeß auch "den ganzen alten Begriffsschrott [der Linken] abzuklopfen ...", denn nur in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung wird es möglich werden, eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Und nur aus diesem Prozeß können die Fragen nach den Mitteln des Kampfes und den konkreten Formen der Organisierung neu beantwortet werden.

Dieser Prozeß hat für uns nach wie vor die größte Priorität. Die Notwendigkeit dazu ist jeden Moment spürbar, wenn wir uns die rasante destruktive Entwicklung des kapitalistischen Systems vor Augen halten. Dieses System hat schon lange die Ausgrenzung, das materielle und soziale Elend und den Tod von Millionen Menschen im Trikont hervorgebracht. Heute ist die Entwicklung der fortschreitenden grundsätzlichen Krise dieses Systems an einem Punkt angelangt, an dem die Zerstörung der Lebensgrundlagen selbst in den Metropolen nicht mehr zu verdrängen ist und soziales und materielles Elend auch hier zur Realität von immer mehr Menschen geworden ist und viele spüren, daß die Perspektive in diesem System für sie selbst nur Hoffnungslosigkeit bedeutet. In dieser Situation hat das Fehlen einer sozial sinnvollen Alternative als gesellschaftliche Kraft katastrophale Auswirkungen.

Während der Staat die Ausbreitung und Eskalation faschistischer und rassistischer Mobilisierung in der Gesellschaft schürt und fördert und es z.B. mit seiner gezielten Hetze gegen Flüchtlinge geschafft hat, einen Großteil der aufbrechenden Widersprüche in eine reaktionäre Richtung zu kanalisieren, ist die Situation auf unserer Seite nach wie vor von Vereinzelung und Desorganisation geprägt. […]

Wenn wir auch nach wie vor die Verschärfung der Lebensbedingungen hier und die um sich greifende Perspektivlosigkeit vieler Menschen sowie das Fehlen der Linken als Kraft als einen Grund für den Zulauf bei den Faschisten sehen, ist es auf der anderen Seite aber auch klar, daß die Wurzeln dafür, warum sich hier in der Metropole, im neuen Großdeutschland, die Unzufriedenheit in einem solchen Ausmaß gegen Fremde entlädt, tiefer liegen. Damit müssen sich alle sehr bewußt auseinandersetzen. Wie ein Mosambikaner sinngemäß gesagt hat: Bei uns sind die Menschen auch arm, und trotzdem schlagen sie deshalb nicht auf die nächsten unter ihnen ein.
Die Auseinandersetzung über Rassismus wird also sicher ein wichtiger Teil beim Aufbau einer Gegenmacht von unten sein - die nicht im Ghetto bleiben oder als Abgrenzung zu anderen geführt werden kann, sondern als Frage ans eigene Bewußtsein, wie jede/r sein will und welche gesellschaftliche Entwicklung man/frau will.

Daß da in der Vergangenheit Fehler gelaufen sind, kritisiert die autonome l.u.p.u.s.-Gruppe in ihrem Buch "Geschichte, Rassismus und das Boot" so:
"So selbstverständlich und geübt es scheint, heute über Rassismen, über das >spezifisch Deutsche< oder über deutsche Einzigartigkeiten zu streiten, so selbstverständlich sah die revolutionäre Linke in den letzten 20 Jahren darüber hinweg. Was in der linken Auseinandersetzung um patriarchales Verhalten unmöglich geworden ist, schien in der Frage des Deutschseins auffällig leicht zu fallen: wir haben damit nichts zu tun."

Die Chancen, heute vieles anders zu machen und neues herauszufinden, sind groß: Die Frage nach einem Aufbau einer Gegenmacht von unten ist nicht aus- schließlich eine Frage an weiße, deutsche Linke, sondern eine Frage danach, wie Menschen, die hier leben, sich gemeinsam organisieren können. Und die Bevölkerung setzt sich hier aus Menschen der unterschiedlichsten Nationalitäten und Hautfarben zusammen. Der Dialog mit schwarzen Frauen muß nicht in fernen Ländern stattfinden, sondern ist/wäre viel einfacher und intensiver mit den Frauen möglich, die in der BRD leben. Die Geschichte von Migrantinnen und ihr Wissen aus den Herkunftsländern ist dabei für das Begreifen internationaler Zusammenhänge so wichtig, wie ihre politischen Meinungen und Erfahrungen mit Rassismus und dem anderen Sexismus, der sie hier trifft, für das Verständnis der BRD-Gesellschaft ..." (aus: "!basta! Frauen gegen Kolonialismus").

"... es war die 68er-Bewegung, die das, was der Faschismus nach dem Judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hatte, die Linke, ihre Werte, Kultur und Kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in Deutschland-West. Und wenn heute eine Re-Faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen Vakuum, das diese Linke in ihrem Rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und Neusetzung von Werten und Einstellungen hinterlassen hat" (Lutz Taufer, Gefangener aus der RAF).
Es ist eine Aufgabe der Linken, in ihrer Praxis neue Werte zu setzen und zu leben, ansonsten wird in der Gesellschaft immer nur das hervorbrechen, was 500 Jahre Kolonialismus im Bewußtsein der Metropolenbevölkerung angerichtet haben: rassistische Ideologie. Das weiße Herrenmenschenbewußtsein ist seit 500 Jahren Voraussetzung für kolonialistische und imperialistische Ausbeutung der Völker im Trikont. Es ist im Bewußtsein der weißen Metropolenbevölkerung aus dieser Geschichte vorhanden und wird in Krisenzeiten von Staat und Kapital offen mobilisiert.

Rassismus heißt, Menschen in "Andersartige" und "Mehr-" und "Minderwertige" zu kategorisieren. So werden immer die kategorisiert, die im kapitalistischen Produktionsprozeß entweder nicht mehr gebraucht werden oder härter ausgebeutet werden sollen.

Die Zerstörung des Sozialen unter den Menschen ist die Voraussetzung für Rassismus. Diese Zerstörung bedeutet, daß auf der Basis des kapitalistischen System, dem 24-Stunden-Alltag von Leistung und Konkurrenz, den Menschen eigene Kriterien geraubt und durch für den Kapitalismus funktionale Werte ersetzt wurden am effektivsten in den Metropolen. Das zeigt sich z.B. am Verhältnis zu Arbeit und Leistung als

Wertdefinition des Menschen: Ohne Arbeit bist du nichts Es ist das Verhältnis zur Zeit, wo es für die meisten Menschen zur Normalität geworden ist, in einem vollkommen vorbestimmten Rhythmus und Streß das ganze Leben zu verbringen, in dem es keinen Platz für Kreativität und Lebenslust gibt.

Es zeigt sich daran, daß in diesem System alles zur Ware wird, auch das Verhältnis zur Körperlichkeit, wobei natürlich die Frauen am meisten dazu gezwungen werden, ihren Körper als Ware zur Schau zu tragen, die von Männern konsumiert oder eben abgelehnt wird

Es war und ist immer die Voraussetzung für die Herrschaft des kapitalistischen Systems über die Menschen gewesen, mit solchen Kriterien auch tausend Trennungen zwischen sie zu setzen: die Trennungen in Mehr- und Minderwertige; in Leistungsfähige und "Arbeitsscheue"; in Schwarze und Weiße; in Männer und Frauen; Alte und Junge, Kranke, Schwache, Behinderte und Starke, Gesunde; in Gescheite und "Dumme".
Dieser Prozeß der Zerstörung hat heute eine Dimension erreicht, in der die Gesellschaft in ein inneres Um-Sich-Schlagen übergeht.

Rassistisches Bewußtsein wie überhaupt der destruktive Prozeß in der Gesellschaft kann nur in Kämpfen, in denen soziale Beziehungen und Werte hervorgebracht und umgesetzt werden, aufgehoben bzw. umgekehrt werden. Eine Perspektive revolutionärer Entwicklungen wird nur in solchen Prozessen wieder vorstellbar werden. Entweder schafft die Linke - und damit meinen wir alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann - einen neuen Aufbruch, der seine Wirkung in die Gesellschaft hat, oder der "Aufbruch" bleibt auf der rechten, faschistischen Seite.
Entweder wird von unserer Seite aus eine Basisbewegung von unten entwickelt, die von Solidarität und Gerechtigkeit, vom Kampf gegen soziale Kalte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist, oder die explodierenden Widersprüche werden weiterhin destruktiv bleiben und die Gewalt jede/r gegen jede/n eskalieren. [...]
Die Voraussetzung für die Neubestimmung revolutionärer Politik ist, daß jetzt die Leute zusammenkommen, sich organisieren und handeln, die voneinander wirklich was wissen wollen und neue Gedanken zulassen und entwickeln wollen.

Seitdem wir vor einem Jahr die Eskalation von unserer Seite aus zurückgenommen haben, hat der Staat die Verfolgung fortschrittlicher Menschen, die politische GegnerInnen dieses Systems sind, teilweise noch verschärft: Versuche, aus der Vereinzelung heraus Räume für eine andere Entwicklung zu erkämpfen, werden nach wie vor niedergemacht. Herausragendes Beispiel war der Versuch, den Gegenkongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München von vorneherein zu verhindern, eine internationale Diskussion unmöglich zu machen sowie die Einkesselung der Demonstration.
Die antifaschistische Organisierung wird kriminalisiert und antifaschistische Demonstrationen wie in Mannheim im Sommer letzten Jahres niedergeprügelt.
Natürlich besteht ein Zusammenhang zwischen dem Niedermachen von selbst-bestimmten Ansätzen, der Verfolgung und Einknastung von Antifas und der stärker werdenden faschistischen Mobilisierung.

Die Herrschenden wissen, daß alle Maßnahmen, zu denen sie aus der Krise gezwungen sind, die Widersprüche im Inneren verschärfen werden - Sozialabbau, steigende Wohnungsnot, steigende Arbeitslosigkeit, Stahlkrise, Krise in der Autoindustrie ... - Reuter, Chef von Daimler Benz, geht laut Spiegel von 30 bis 50 Jahren Krise aus-, das alles soll auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Gleichzeitig muß der Staat eine irgendwie geartete Mobilisierung für Großdeutschland hinkriegen. Wenn z.B. militärische Einsätze der Bundeswehr zwar unter der Hand immer wieder gelaufen sind - wie im Krieg gegen den Irak und gegen das kurdische Volk-, so geht es dem groß-deutschen Staat perspektivisch doch um eine andere Dimension und um eine größere Akzeptanz auch hier im Innern für Deutschland als Militärmacht - da bleibt nicht viel anderes als eine rassistische, weiße Mobilisierung der "deutschen Staatsbürger" in dem einen Boot, was diese Gesellschaft im herrschenden kapitalistischen Interesse noch zusammenhalten könnte.

Während sie auf der einen Seite also rassistische Ausländer- und Asylgesetze verabschieden und Flüchtlinge hier zu "dem Problem der Deutschen" ganz gezielt in die Köpfe der Leute gepuscht haben und damit die faschistische Mobilisierung überhaupt in diesem Ausmaß auf den Plan gerufen haben, übernehmen sie auf der anderen Seite gleichzeitig die Schirmherrschaft von Demonstrationen gegen Fremdenhaß, wie in Berlin Ende letzten Jahres. So soll auch noch die Empörung vieler Menschen gegen die faschistischen Schläger und Mörder für diesen Staat kanalisiert und funktionalisiert werden, um zu verhindern, daß sich aus dieser Empörung eine Bewegung von internationaler Solidarität der Unterdrückten gegen die Herrschenden und ihre faschistischen Schläger entwickelt, wurde wochenlang durch die Medien gepeitscht: Es ginge um Gewalt, Gewalt von links wie Gewalt von rechts. Während hier täglich ausländische, behinderte und obdachlose Menschen angegriffen werden und es allein 1991 dabei 17 Tote gegeben hat, stellte Kohl sich hin und redete von Extremismus von links und von rechts, der bekämpft werden muß. [...]

"Wir fordern die Schließung des Knastes Weiterstadt! Weiterstadt ist als Abschiebeknast konzipiert und auf verseuchtem Gelände gebaut ..." (aus einem Diskussionspapier von Gefangenen aus Stuttgart-Stammheim, September ,91). Der Weiterstädter Knast steht exemplarisch dafür, wie der Staat mit dem aufbrechenden und sich zuspitzenden Widersprüchen umgeht: gegen immer mehr Menschen Knast, Knast, Knast - und er steht als Abschiebeknast für die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik. In seiner technologischen Perfektion von Isolation und Differenzierung von gefangenen Menschen ist er Modell für Europa.
Weiterstadt war neben Berlin-Plötzensee der zweite völlig neu konzipierte Hochsicherheitsknast in der BRD. Mit Begriffen wie "Wohngruppenvollzug" wird er mit seinem Hochsicherheitstrakt für Frauen, als das "humanste Gefängnis" in der BRD dargestellt. Hinter diesem Begriff verbirgt sich jedoch ein wissenschaftlich weiterentwickeltes Konzept zur Isolierung, Differenzierung und totaler Kontrolle der Gefangenen. Es ist das Prinzip von Belohnung und Bestrafung in High-Tech-Form, das die Gefangenen zur Disziplinierung und Unterwerfung zwingen und letztlich ihre "Mitarbeit", sich selber zu brechen, erreichen soll. Das elektronische Überwachungssystem war wohl das teuerste und perfekteste in ganz Europa, mit dem jede Äußerung und Bewegung der Gefangenen kontrolliert werden und zur Auswertung für die psychologischen Programme benutzt werden sollte, um jede Regung von Solidarität, Freundschaft und selbstbestimmte Organisierung zerstören zu können.

"Bevor die Gefangenen auf die einzelnen Wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die Einweisungsabteilung. Dort wird ein Psychiatriestab die einzelnen Gefangenen auf Anpassungsbereitschaft bzw. Widerstandswillen durchleuchten. Anhand der Ergebnisse wird die Aufteilung der Gefangenen auf die einzelnen Wohngruppen bestimmt. Die Wohngruppen sind hierar-

chisch gestaffelt. Angefangen von Unbeugsamen und Unkooperativen bis hin zu Anpassungswilligen. Das Ziel: eine >Karriere< des Gefangenen durch Aufsteigen von der untersten (=Unangepaßtesten) in die höchste (=konformste) Wohngruppe" (aus: "Infoblatt der >Bunten Hilfe< Darmstadt").

Dazu schrieb eine der Frauen aus der Plötze, die mit einem Hungerstreik für die Abschaffung des Wohngruppenvollzugs gekämpft haben: "Die Situation ist gekennzeichnet durch ein Ausmaß an Kontrolle und Repression, wie es in seiner Totalität kaum vorstellbar ist. Die Plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein Kontakt zwischen den Frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte Detail registriert wird. Die Frauen werden in voneinander abgeschirmte Zwangsgemeinschaften gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden, wie gut sie sich anpassen und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. Die schallisolierten Zellen haben eine Gegensprechanlage, durch die die Frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. Die Stationsgänge sind mit Kameras bestückt und der Gruppenraum, wo sich die Gefangenen in der Freizeit treffen, ist verglast - kurz, die perfekte Überwachung jeder Lebensäußerung ..

Mit der Lüge vom "humansten Knast" wollte die Justiz Gefangene in anderen Knästen auf deren Verlegung nach Weiterstadt einstimmen. Jahrelang sind sie auf viele Forderungen der Gefangenen in Frankfurt-Preungesheim nicht eingegangen, mit dem Hinweis, es gäbe '93 den Weiterstädter Knast. Was aber hat beispielsweise die Forderung nach Abbau der brutalen Betonsichtblenden in Preungesheim mit Weiterstadt zu tun? Nichts. Nicht mal die Behauptung, durch Weiterstadt (wo die Überbelegung von vornherein eingeplant war) würde sich die Situation der Überbelegung für die Gefangenen in Preungesheim verändern, entspricht der Realität. Sie hat den propagandistischen Zweck, zu vertuschen, daß sie immer mehr Knäste bauen (Preungesheim soll nicht etwa geschlossen, sondern neu aufgebaut werden), mehr Haftplätze schaffen und immer mehr Menschen einsperren, was ihre Antwort auf die gesellschaftliche Entwicklung ist.

Der Bau von Knästen ist keine Lösung für die (Preungesheimer) Gefangenen. Ihre Forderungen müssen erfüllt werden - Knäste müssen abgerissen werden.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Freilassung aller HIV-Infizierten!
Freilassung aller Flüchtlinge, die in Abschiebehaft sind!
Schließung aller Isolationstrakte!
Wir grüßen alle, die in den Knästen für ihre Menschenwürde kämpfen - in Preungesgheim, Santa Fu, Plöezensee, Rbeinbach, Stammheim, Straubing

Solidarität mit den internationalen Gefangenenkämpfen!
Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozeß, der Teil wird in einen neuen internationalen Kampf für die Umwälzung!

Rassismus von Staat und Nazis bekämpfen! Rassistisches Bewusstsein in der Gesellschaft im Kampf für das Soziale unter den Menschen aufheben - auch dafür brauchen wir eine Basisbewegung von unten, die von Solidarität und Gerechtigkeit, vom Kampf gegen soziale Kälte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!
Kommando Katharina Hammerschmidt

: : DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : :

Dezember (HH) Schanzenhöfe

Bei einem Besuch wurde den Besitzer Brüdern Schommartz das Büro mit Konfetti, Aufklebern und Flugblättern verschönert. Aus sicherer Quelle wurde bekannt, dass auch das „Fritz im Pyjama-Hotel" aufgesucht wurde. Jedoch wollten die Gäste nicht nächtigen, sondern brachten ihren Unmut auch dort vielfältig zum Ausdruck. Wir fordern die sofortige Rüknahme der Kündigungen!

07.01. (HH) Luxus-Autos angezündet

Brandanschlag im feinen Blankenese: Unbekannte Täter haben am Donnerstagabend vier Luxus-Autos angezündet

14.01. (HH) Soli-Demo für die Rigaer

Kurze Demo von der Schanze ins Karoviertel. Böller und Raketen auf die Bullen.

20.01. (HH) Unsere Solidarität gegen ihre Repression

Um den Beschuldigten des Breite Straße Verfahrens unsere Solidarität zu zeigen, haben wir in der Nacht des 20. Januar die Polizeiwache Volksdorf mit Farbe beworfen. In Situationen, wo Wohnen zum Luxus wird und sich einige auf Kosten von Mieter_innen und Wohnungslosen die Taschen mit Kohle vollstopfen, sind Besetzungen und militante Angriffe ein notwendiges Mittel zur Durchbrechung dieser Normalität. Wir rufen alle auf, mit militanten Aktionen ihre Solidarität mit den Angeklagten zu zeigen! Protagonist_innen in diesem Kampf um Wohnraum gibt es viele. Wir wollen mit unserer Aktion auch unsere Berliner Genoss_innen der Rigaer Straße grüßen und euch aufrufen, die Demo am 6.2. in Berlin zu unterstützen. Rebellische Strukturen verteidigen, militante Besetzungen unterstützen, die Angeklagten nicht alleine lassen!
Hamburg, Januar 2016

23.01. (HH) Feministische Aktion gegen sexualisierte Gewalt und rassistische Hetze

Am 23.1. 2016 haben 30 bis 50 Feministinnen an den Orten der sexistischen Übergriffe der Silvesternacht in Hamburg gegen die rassistische Politik der Bundesregierung protestiert.
Wir sind voller Wut darüber, dass die Silvester-Ereignisse in Köln, Hamburg und anderen Städten in Deutschland dazu benutzt werden, um die menschenverachtende Asylpolitik noch weiter zu verschärfen.
Ganz plötzlich wird Sexismus entdeckt, aber nicht von allen Männern, sondern rassistisch motiviert. Welch eine Verlogenheit! Wir haben uns deshalb entschlossen, unsere Wut und Empörung über diese Verlogenheit auf die Straße zu tragen. Sowohl am Jungfernstieg wie auch auf der Reeperbahn haben wir kurzzeitig die Straßen blockiert und Flugblätter verteilt. Die Botschaft der kurzen, aber auffälligen Aktionen: Es darf keine Gewöhnung an eine Kultur der Bedrohung und sexualisierten Gewalt geben. Sexismus gibt es nicht erst seit der Silvesternacht. Wir wollen nicht instrumentalisiert werden für eine rassistische Politik und rassistische Hetze!



23.01. (HH) Solidarität mit Bakûr: Unangmeldete Demo mit Pyro & Farbe

Am Samstagabend kam es im Hamburger Schanzenviertel zu einer Spontandemonstration kurdischer, türkischer und deutscher Jugendlicher. Sie setzten gemeinsam ein Zeichen der internationalen Solidarität, gegen den türkischen Faschismus und die Massaker in Kurdistan.
Die Demonstration zog mit ca. 80 Beteiligten unangemeldet vom Schulterblatt richtung Reeperbahn und wurde von Pyrotechnik untermalt. Es wurden Flyer verteilt und die komplette Route aus der Demonstration heraus mit Parolen besprüht. Die Polizei konnte nur zugucken und blieb an diesem Abend handlungsunfähig.
Selbstkritisch ist festzuhalten, dass die Uhrzeit nicht gut koordiniert war und es zeitgleich eine Aktion in der Innenstadt gegen Sexismus und Rassismus gab. Wir solidarisieren uns mit dem Protest und unterstützen die Forderungen. Kampf dem Patriachat – Jin Jiyan Azadi!
Leisten wir als Jugend gemeinsam den Widerstand!
Hoch die internationale Solidarität!
Erklärung zur Aktion:
Rojava und Kobanê sind für viele Menschen in den letzten Jahren zu Begriffen geworden, die verbunden sind mit dem entschlossenen Widerstand der Menschen gegen Daesh oder den Islamischen Staat und gleichzeitig für ein neues Gesellschaftsmodell, dem Demokratischen Konföderalismus.
Die Solidarität für Rojava war groß und hält sich immer noch, auch wenn Demonstrationen und Kundgebungen wieder kleiner werden.
Seit langem gibt es wieder ein breite und aktive Solidarität mit Kurdistan, aber Kurdistan ist nicht nur Rojava, Kurdistan ist auch Bakûr. Bakûr bedeutet Norden und steht für Nordkurdistan, dem Teil im türkisch kontrollierten Gebiet. Hier leisten die Menschen Kurdistans von neuem einen erbitterten Widerstand, hier jedoch gegen

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : : S

den NATO-Staat Türkei.
Bereits Ende 2014 kamen Gerüchte auf, dass die türkische Regierung erneut Offensiven gegen die kurdischen Gebiete plant. Im Frühjahr 2015 wurden dann die Verhandlungen mit der kurdischen Freiheitsbewegung in der Person Abdullah Öcalans von türkischer Seite aus abgebrochen. Abdullah Öcalan wurde daraufhin erneut in die totale Isolationshaft verbannt. Nachdem dann im Sommer die Parlamentswahlen die Alleinherrschaft der AKP oder besser gesagt Erdoğans beendeten und seinen Traum von einer Verfassungsänderung hin zu einem Präsidialsystem vereitelten. Kam es zu mehreren Terroranschlägen gegen fortschrittliche und prokurdische Kräfte. Gleichzeitig wurden Stellungen der Guerilla im Grenzgebiet zum Irak bombardiert und eine allgemeine Situation der Unsicherheit und des Chaos entstand.

Die AKP bzw. Erdoğan konnte diese Bühne nutzen und sich als strahlender Held präsentieren, der die Türkei rettet und schützt. Was folgte war ein offensiver und militärischer Krieg gegen die kurdischen Gebiete. Es herrschen Ausgangssperren, Artilleriefeuer, Scharfschützen und Blockaden. Der türkische Staat zielt mit aller Macht auf die Zivilbevölkerung. Selbst nach den Neuwahlen im November, bei der die AKP die alleine Mehrheit zurück gewinnen konnte, wurden diese Angriffe nur noch intensiviert. Das Ziel ist es, die kurdische Freiheitsbewegung zu zerschlagen, den Willen der Menschen zu brechen, um so ein für alle mal die Menschen zu unterdrücken.
Doch so wie in Rojava regt sich auch Widerstand in Bakûr. Die Menschen boykottieren staatliche Einrichtungen, erklären ihre Selbstverwaltung und organisieren den Selbstschutz. Das Militär und die Polizei wurden teilweise aus den Städten geschmissen und versuchen nun von außen in die Städte mit aller Gewalt vorzudringen. Doch kommen dabei trotz aller militärischen Mittel kaum voran und werden von der kämpfenden Jugend erfolgreich zurückgehalten.



das war ein Bundeswehrauto

27.01. (HH) Hambuich Soliglassbruch am Arschamt

Niemals aufgeben

am 27.1.wurden beim arbeitsamt altona kielerstr. der eingangsbereich sowie weitere scheiben mit hämmern eingeschlagen. diese tat sendet scherben und splitter an die herrschenden und ihre metohdik von unterdrückung, repression und ausbeutung.
und schickt kraft und liebe an all die jenigen die den mut haben sich dieser scheiße entgegen zu stellen.
gruß und kuss an die kämpfenden freunde aus der rigaerstr. und den beschuldigten des breitestraßen prozesses sowie den betroffenen des bullenüberfalls auf ein wohnprojekt am 26.1. für mehr feuer und steine in den nächten und weniger bullenpresents in unseren leben.
für die anarchie

27.01. (Lüneburg) Bundeswehrauto angezündet.

Trotz des Eingreifens der Feuerwehr wurde das Fahrzeug komplett zerstört. Zudem wurde die Wand des angrenzenden Bürgeramts-Gebäudes in Mitleidenschaft gezogen.

30.01 (HH) Burschenschaft besucht

In der Nacht auf den 30. Januar wurde das Haus der Burschenschaft Germania Hamburg offenbar mit Farbe angegriffen. Dabei ging auch ein Fenster zu Bruch. Die Burschenschaft berichtet außerdem von weiteren Attacken in der letzten Zeit.



Burschenschaft Germania

SPLITTER DER NACHT : : DOKUMENTATIONEN

03.02. (Kiel) Spontandemo: Solidarität mit der Luftschlossfabrik

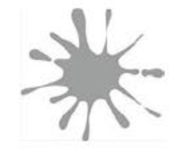
Am frühen Mittwochabend versammelten sich rund 80 Menschen auf dem Europaplatz in Kiel und zogen bei einer unangemeldeten Spontandemo lautstark und wütend durch die Kieler Innenstadt.
Mit lauten Sprechchören protestierten sie gegen die heutige Räumung des alternativen Wohn- und Kulturprojekts „Luftschlossfabrik" in Flensburg durch ein martialisches Polizeiaufgebot und solidarisierten sich mit den Besetzer*innen. Gleichzeitig wurde in Sprechchören auch Bezug auf die Rigaer Straße in Berlin genommen, die gerade starker Repression ausgesetzt ist.
Die Demo zog eine knappe Stunde durch die Kieler Innenstadt und sorgte für einige Verkehrsbehinderungen und störte den Kieler „Normal"-Betrieb. Die Polizei wirkte ziemlich überfordert und beschränkte sich trotz einiger anwesenden Wannen auf die Verkehrssicherung.
Gegen Ende stattete die Demo der AfD-Parteizentrale im Walkerdamm einen Besuch ab und beschädigte die Fenster des Büros aus Protest gegen deren menschenverachtende und nationalistische Hetze. Im Anschluss daran löste sich die Demo auf, es gab keine Verhaftungen.

04.02.2016 (HH) Sponti gegen Massenabschiebungen

In ganz Europa werden Massenabschiebungen angekündigt, vorbereitet und durchgeführt. Auch in Hamburg ist es seit letzten Woche in den Nächten zu Massenabschiebungen gekommen. Mitten in der Nacht werden Menschen von Großaufgeboten der Bereitschaftspolizei gewaltsam aus dem Schlaf gerissen und in Bussen zum Flughafen gebracht und noch in den frühen Morgenstunden abgeschoben. In den meisten Fällen werden den betroffenen Personen dabei sofort die Handys abgenommen, damit keine Kommunikation nach außen mit Anwält_innen oder Unterstützer_innen mehr möglich ist. Oftmals wird auch nicht die Möglichkeit gegeben das Notdürftigste einzupacken und es ist im Rahmen dieser Einsätze auch zu gewalttätigen Übergriffen von Polizist_innen gekommen. Wie zu erwarten war wird die Abschiebepraxis in der Bundesrepublik extrem verschärft. Das sogenannte Asylpaket II sieht vor den Familiennachzug einzuschränken, die Deklaration von sicheren Herkunftsstaaten inflationär zu erhöhen, Kontingente einzuführen, die Asylverfahren weiter zu beschleunigen, die Bewegungsfreiheit von Geflüchteten einzuschränken und das Krankheit nicht mehr zwingend vor Ausweisung schützt. In dem sich im Bau befindlichen Abschiebegefängnis am Hamburger Flughafen sollen auch Kinder und Jugendliche bis zu vier Tage vor ihrer tatsächlichen Abschiebung inhaftiert werden können – selbst wenn die Familie auseinandergerissen und nicht vollständig ist. Eure Perspektive interessiert uns nicht. Eure konstruierte Gedankenwelt in nationalen Kategorien lehnen wir ab. Absolute Solidarität mit allen Geflüchteten. Niemand flüchtet freiwillig! Uns interessiert wie wir gemeinsam mit den Geflüchteten Wege finden euch daran zu hindern Abschiebungen durchzuführen und Menschen zu diffamieren, zu diskriminieren und zu kriminalisieren. Die Abschiebungen, die nachts, heimlich und leise unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit durchgeführt werden, können wir nicht alle durch direkte Aktionen verhindern. Aber wir werden eure Vorgehensweise in die Öffentlichkeit tragen, damit ihr dieses menschenverachtende Tun nicht mehr problemlos, heimlich und leise durchführen könnt. Wir werden euch beschäftigen, damit ihr weniger Ressourcen für Abschiebungen zur Verfügung habt und wir werden euch konfrontieren damit ihr euch in der Öffentlichkeit stellen müsst. Ein erster Schritt dazu war die heutige Sponti mit etwa 200 Teilnehmer_innen vom Spritzenplatz Altona über große Bergstraße, Reeperbahn, Budapester Straße zum Neuen Pferdemarkt. Verschiedene Aktionen werden auch zukünftig durchgeführt werden. Um erfolgreich zu sein reicht es nicht aus, dass dies lediglich einzelne Leute oder Gruppen machen. Die Monate um den Jahreswechsel 2013/2014 haben gezeigt, dass es möglich ist, die Polizei an ihre Belastungsgrenze zu bringen. Das Ausbreiten rechter Strukturen und Gedanken, die aktuelle Politik und die zunehmende Repression gegen linke Strukturen zeigen allerdings auch, dass eine solche Bewegung wieder zwingend notwendig ist.

13.02. (HH) Scheiß AFD

Ein Infostand der AfD in Wandsbek wird besprüht und zerstört. Prospekte werden entsorgt. Leider einige Ingewahrsamnahmen.



anti-atom

Fukushima - Fünf Jahre danach

Am 11.3.2011 geschah etwas, was selbst hartgesottene AKW GegnerInnen nicht auf dem Zettel hatten – ein gleichzeitiger GAU in drei Reaktorblöcken des AKW Fukushima. Die Bilder der explodierenden Reaktorgebäude haben sich mitlerweile fest in das kollektive Gedächtnis eingebrant und stehen für die Fassungslosigkeit und Ratlosigkeit mit der damals global auf die Ereignisse in Japan geschaut wurde – ES war wieder passiert!

Fünf Jahre danach sind in China mehr als zwanzig AKWs im Bau, Saudi-Arabien, Argentinien, Iran, Großbritanien, Finnland, Türkei, Frankreich und die USA treiben Neubauprojekte voran, Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien überbieten sich mit einer ganzen Reihe geplanter Reaktorblöcke. Irritierend genug, dass nach dem GAU in Tschernobyl nicht weltweit die Atomanlagen stillgelegt wurden, doch was sagt mensch angesichts der Mischung aus Technologiegläubigkeit, Skrupellosigkeit und schierer Ignoranz, wenn selbst nach dem zweiten GAU in einem Viertel-Jahrhundert die sofortige Stillegung aller Atomanlagen eine exotische Position bleibt – selbst in Deutschland, dass sich der Illusion hingibt einen „Atomausstieg" zu vollziehen.

De facto wird sich die zu „Endlagernde" Menge an radioaktivem Material von 2011 bis 2022 fast verdoppelt haben, denn die leistungsstärksten Reaktoren bekamen damals eine Betriebsgarantie von über zehn Jahren. Angesichts der allgemeinen Schockstarre kann das nur als straffe Pro-Atom-Politik verstanden werden. Darüber hinaus haben alle weiteren Atomanlagen unbefristete Betriebsgenehmigungen. Sowohl die Brennelementefabrik in Lingen, als auch die Urananreicherungsanlage in Gronau expandieren und sind wichtige Global Player im Atomgeschäft. Nach 2011 wurden in Deutschland acht veraltete AKWs abgeschaltet, weil Hundertausende gegen die Gefahr durch die AKWs demonstrierten, und die CDU gar die Landtagswahlen in Baden-Würtemberg verloren. Mit einer Abwicklung des Atomstaates hatte das rein gar nichts zu tun. Und mit der geplanten Abschaltung von sechs AKW innerhalb von 12 Monaten in den Jahren 2021/22 wurde gar ein zukünftger Versorgungsengpass geschaffen, der den Betreibern die Tür zu einem Weiterbetrieb auch in den 2020ern ermöglichen soll. Zum fünften Jahrestag des GAUs in Fukushima finden daher bundesweit an mehreren AKW Demonstrationen statt (https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/termine/). In Hamburg richtet sich der Protest gegen die zahlreichen Atomtransporte, die über den Hamburger Hafen transportiert werden. Da ein Gutteil der rund 10.000 Tonnen Uranprodukte in Form von Uranerz am „Süd-West-Terminal" durch die Firma C.Steinweg (Am Kamerunkai 5) umgeschlagen wird, findet dort auch die diesjährige hamburger Fukushima Kundgebung statt.

C.Steinweg wird diese Aufmerksamkeit nicht nur wegen der großen Mengen Urans aus Kasachstan und Namibia zu Teil, sondern auch, weil die Firma hartnäckig AktivistInnen mit Klagen überhäuft, die im Sommer 2014 auf dem Gelände erfolgreich nach vor der Öffentlichkeit versteckten Uran-Containern gefahndet haben. Zur Erinnerung: Bei einer unangemeldeten Inspektion fanden Aktiv stInnen mehrere Container mit Uranerzkonzentrat, die nach Aus sage des Senats dort gar nicht hätten sein dürfen. Statt eines Dankes durch den Rot-Grünen Senat für die aufwendige Recherche haben die Inspekteure jetzt Verfahren wegen Hausfriedensbruch an den Hakken (http://nirgendwo.info/blog/2015/11/21/uranprozesse-einladung-zu-solidarischer-aktion/) .

Grund genug also dort am Fukushima-Jahrestag vor Ort präsent zu sein. Ab 16 will das Hamburger Bündniss gegen Urantransporte deutlich den Widerspruch gegen den Weiterbetrieb der Uranstransporte sichtbar machen.
http://www.atomtransporte-hamburg-stoppen.de

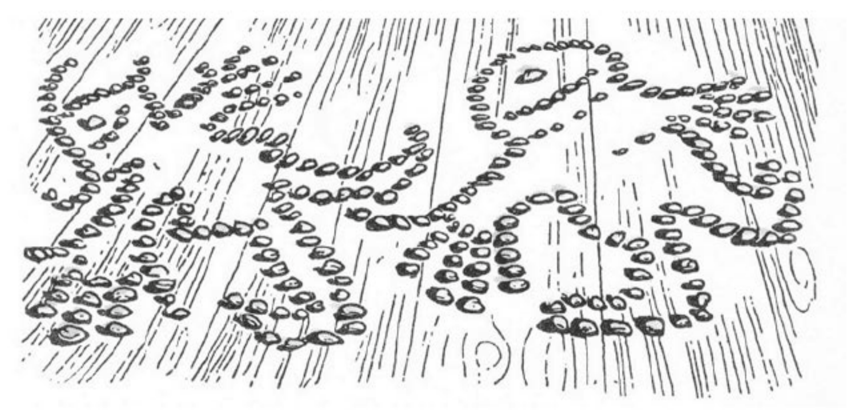
Doch damit nicht genug. Das Bundesweite Netzwerk gegen Urantransporte ruft dazu auf, den ersten Urantransport, der von C.-Steinweg nach dem 11.03. abgewickelt wird kreativ zu begleiten. Dem wollen wir uns anschließen, und verweisen hier auf die informative Homepage der Kampagne, auf der über ein Alarmsystem die Ankunft und die Abfahrt der Transporte öffentlich gemacht werden soll. Da es sich dabei ja um eine Alarmkette handelt, lohnt es sich ab dem 11.03. öfter mal auf die Kampagnenseite (s.o.) zu schauen oder auf twitter dem

d:https://twitter.com/urantransport zu folgen.

In diesem Sinne:
Fukushima – Erinnern heißt den Weiterbetrieb von
Atomanlagen verhindern!
Genpatsu hantai!

Wir lassen uns nicht vertreiben! Jetzt erst recht – Schanzenhof bleibt!

Max und Moritz Schommartz:



Hände weg vom Schanzenhof!

Infos und Termine: schanzenhof.info

Vor gut 25 Jahren kaufte die Stadt Hamburg die alte Montblanc-Fabrik zwischen Bartels- und Schanzenstraße im Schanzenviertel. Es zogen verschiedene Betriebe und Initiativen ein.

2006 verkaufte der damalige CDU-Senat den Schanzenhof und öffnete damit dem Spekulantentum Tür und Tor. Seitdem steigen die Mieten stetig. Der Komplex wurde zweimal mit hohem Gewinn weiterverkauft. Seit 2013 befindet sich der Schanzenhof in den Händen der Brüder Maximilian & Moritz Schommartz / HWS Immobilien / Harvestehuder Weg 92. Maximilian sitzt für die SPD in der Deputation der Wirtschaftsbehörde. Die Brüder Schommartz erweckten anfänglich gezielt den Eindruck, dass sie ein ehrliches Interesse an den langjährigen Mieter_innen hätten. Z.B. wurde dem Schanzenstern über ein Jahr lang in diversen Gesprächen vorgegaukelt, dass das Mietverhältnis bestehen bleiben würde.

In Wahrheit wurde aber die ganze Zeit parallel mit Stephan Behrmann vom „Fritz im Pyjama-Hotel“ verhandelt. S. Behrmann betreibt neben genanntem Hotel in der Schanzenstraße auch ein Hostel und eine Bar auf der Reeperbahn und möchte sich mit einem weiteren Standort im Schanzenviertel ohne Rücksicht auf aktuelle Mieter_innen breitmachen. Fakt ist: Dem Schanzenstern, einer Drogenberatungsstelle und einer Kultur-Etage wurde zum 31.03.2016 gekündigt.

Dies ist ein weiterer Meilenstein der Gentrifizierung im Schanzenviertel. In den vergangenen Wochen wurde mit verschiedenen Aktionen der Widerstand gegen diesen weiteren Ausverkauf des Viertels organisiert. Eine Unterschriftensammlung mit bisher 1300 Unterschriften läuft. Bereits Ende 2015 fand ein Hoffest mit anschließender spontaner Demonstration statt. Kurz darauf blockierten Teilnehmer_innen einer VoKü 2 Stunden lang die Schanzenstraße und die Eigentümer bekamen in Harvestehude Besuch in Form einer Kundgebung.

Bei einem weiteren Besuch wurde den Brüdern Schommartz das Büro mit Konfetti, Aufklebern und Flugblättern verschönert. Das hatte zur Folge, dass eine U-Bahn von der Polizei am Weiterfahren gehindert wurde und drei angeblich am Besuch beteiligte Personen festgenommen, über acht Stunden inhaftiert und erkennungsdienstlich behandelt wurden.

Zusätzlich wurde mit diversen Streifenwagen/Zivilfahrzeugen nach „Besucher_innen“ gefahndet. Wie lächerlich! Aus sicherer Quelle wurde bekannt, dass auch das „Fritz im Pyjama-Hotel“ aufgesucht wurde. Jedoch wollten die Gäste nicht nächtigen, sondern brachten ihren Unmut auch dort vielfältig zum Ausdruck. Wir fordern die sofortige Rücknahme der Kündigungen!
Wir fordern den Rückkauf des Schanzenhofs durch die Stadt!

Schommartz und Behrmann: Hände weg vom Schanzenhof und vom Schanzenviertel!
Wir machen weiter!!!

Flora Termine März / April 2016

Di 01.03. 21 Uhr
Konzert Epic
The Eye of Time
und Vokü 20 Uhr

Mi 02.03. 20 Uhr
Antinationaler Klönschnack

Do, 03.03. 20.30 Uhr
Hip Hop Kneipe

Fr 04.03. 20 Uhr
Antifa Cafe und Offbretkollektiv Konzert

Sa 05.03. 23 Uhr
FSK-Umzugsparty
Ambient/Noise/Techno/House/Punk

Mo 07.03. 20.30 Uhr
Megafauna Konzert:
I love your Lifestyle (SWE)
Playlounge (UK) und Care (SWE)

Di 08.03. 20 Uhr
Vegan Deluxe Vokü

Do 10.03.2016
Thirstday Punkkneipe
Einlass: 20:00 Uhr

Fr 11.03.2016
Antifa Kneipe:
Einlass: 20:00 Uhr

Sa 12.03. 23 Uhr
Bausoliparty

Di 15.03. 20 Uhr
Vokü Futtern wie bei Muttern

Mi 16.03. 20 Uhr
GROW Kantine 3000

Do 17.03. 20 Uhr
Sportgruppenkneipe

Fr 18.03. 20 Uhr
Antifakneipe

Sa 19.03. 20 Uhr
Hip Hop Konzert

Kellertechno Soliparty
Einlass: 0:00 Uhr

So 20.03. 15 Uhr
Muckefuck

Di 22.03. 20 Uhr
Baubar:

Do 24.03. 20 Uhr
Dub Cafe:

Fr 25.03. 20 Uhr
Antifa Cafe:

So 27.03. 20.30 Uhr
Konzert
Hysterese, +tba
Rotznasenkindervokü 15 Uhr

Do 31.03. 21 Uhr
Epic Konzert:
Bestial Mouths
und Queer Flora 23 Uhr

Fr 07.04.
Zeitzeugengepräch mit einer ital. Partisanine

Sa 09.04. 21 Uhr
reggae Konzert

Di 12.04. 20 Uhr
veagn de luxe Vokü

Do 14.04.
Info Veransztlung
Kurdistan

Di 19.04. 20 Uhr
Futtern wie bei Muttern Vokü

Mi 20.04. 20 Uhr
Grow

Fr 22.04 20 Uhr
antifa cafe

Sa 23.04.
Nadir Geburtstagsfeier

So 24.04.
Rotznasen Kindervokü

Di 26.04.
Baubar

Do 28.04.
Dubcafe

Fr 29.04.
epic problem
Soli Party für die ragaer94

Floragruppen *und regelmässige Termine*

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags um 12 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!